02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 107

Rainer Gehrke:

Der Preetzer Arbeiterrat 1918/19

Revolutionäre Politik zwischen Sozialdemokratie und Kommune

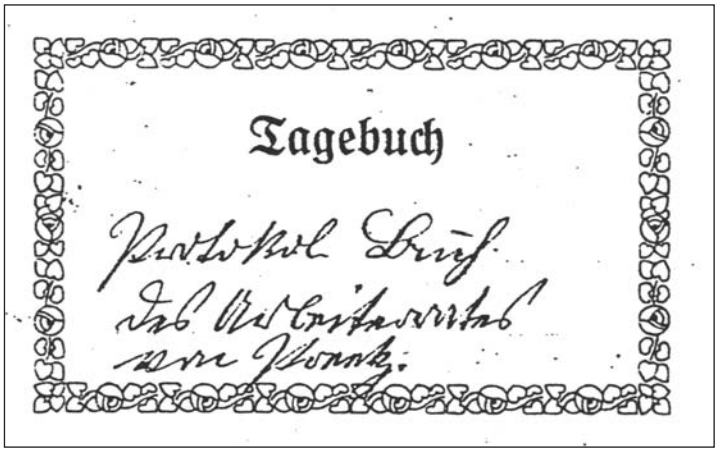
Einleitung. Was kann heute bei der Beschäftigung mit der Novemberrevolution in Schleswig-Holstein noch an neuen Erkenntnissen gewonnen werden? Die Ereignisse in Kiel sind seit langem erforscht. In den 60er und 70er Jahren haben sich einige Examensarbeiten mit den Arbeiter- und Soldatenräten unter anderem in Lübeck, Neumünster, Itzehoe und Flensburg beschäftigt, die allerdings gar nicht mehr so leicht zugänglich sind. Spätestens in den 80er Jahren hat das Interesse an dem Thema stark nachgelassen. Immerhin beschäftigt man sich aber seit den Studien von Eberhard Kolb und von Peter v. Oertzen mit der wirklichen Arbeit der Arbeiterräte und nicht mehr mit der vereinfachenden Alternative: Parlamentarismus oder Rätedemokratie. Das Gedenkjahr 2018 kann ein guter Anlass sein, die Tätigkeit von Arbeiterräten, die immer noch nicht eingehender untersucht worden sind, zu beschreiben und so das Bild zu ergänzen. Dazu steht in Preetz ein gut geführtes Stadtarchiv einschließlich einer fast durchgehend erschienenen lokalen Zeitung zur Verfügung. Einige Vorarbeiten hat der Stadtarchivar Peter Pauselius in seinen Veröffentlichungen zur Preetzer Geschichte geleistet. Im Zuge der Recherche erhielt ich Zugang zu besonderen Quellen wie dem Protokollbuch des Preetzer Arbeiterrates von 1918/19[1], die bisher nicht systematisch ausgewertet worden waren, und so erschien die Beschäftigung mit dem Thema denn doch lohnend.

In einer weit verbreiteten Darstellung zur Geschichte von Preetz lesen wir über die Ereignisse im November 1918: „Aus Kiel flüchteten Marineoffiziere und Zivilangehörige nach Preetz, Kraftwagen mit ‘Marinern’, geschmückt mit roten Fahnen und Binden, durchfuhren die Stadt. Ein Soldatenrat wurde gebildet, der die Räume der Kriegsküche bezog und erklärte, in erster Linie für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen zu wollen. Dem Bürgermeister wurde für einige Wochen ein Beigeordneter des Arbeiter- und Soldatenrates an die Seite gestellt. Das Ende dieser ‘Räteherrschaft’ war wenig rühmlich, es gab in Preetz und im Kreise mehrere Verhaftungen wegen Missbrauch des Amtes“.[2] Einige Elemente dieser Feststellung machen den Leser stutzig oder werfen zumindest Fragen auf. Wenn „Mariner“ die Stadt lediglich durchfuhren und Preetz bekanntermaßen keine Garnisonsstadt war, schon gar keine der Marine, warum bildete sich hier dann ein Soldatenrat, zumal kurz darauf von einem Arbeiter- und Soldatenrat die Rede ist? Hatte dieser denn keine anderen Ziele am 5. und 6. November? Was war ein „Beigeordneter“ und welche Aufgaben hatte dieser? Was hatten sich die Mitglieder des Rates zuschulden kommen lassen, dass es sowohl in Preetz als auch in Plön zu Verhaftungen gekommen war? Auf der anderen Seite lesen wir in der Kirchenchronik den relativ nüchternen Eintrag: „Autos mit Marineangehörigen mit roter Flagge und roten Binden und Scherpen durchfuhren die Stadt. Die Bevölkerung war aufs Höchste erregt,

1 Ich danke an dieser Stelle Herrn Erich Klimm, Preetz, der mir das Protokollbuch zur Verfügung gestellt hat.
2 Wilhelm Stölting, Lebensbild einer Stadt, Preetz 1970, S. 70.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 108

Titelseite des Protokollbuch des Arbeiterrates von Preetz



aber Straßenunruhen oder Plünderungen fanden nicht statt. Auch unsere Stadtverwaltung wurde unter Aufsicht und Curat des Arbeiter- und Soldatenrates gestellt. Die Arbeit ruhte einige Tage, da die Werften nicht arbeiteten".[3] Unter der Überschrift „Militärische Besetzung" meldete die lokale bürgerliche „Preetzer Zeitung" am 7. November 1918 (die Zeitung erschien in der Regel mittags): „Gestern Abend ist eine Abteilung Matrosen in Stärke von reichlich 20 Mann hier eingetroffen, welche den Kleinbahnhof[4] und andere Stellen und unserer Stadt besetzt haben. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Patrouille ausschließlich die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung in der Stadt Sorge zu tragen und namentlich auch den Durchmarsch von Deserteuren zu verhindern. Die Geschäftsleute werden ersucht, Lebensmittel nur an Inhaber von Lebensmittelkarten zu verabfolgen".[5] Man befürchtete wohl, dass die einziehenden Soldaten Lebensmittel requirieren könnten, aber auch die Preetzer Zeitung wollte mit ihrer Meldung wohl zu „Ruhe und Ordnung" beitragen.

Bis zum 6. November abends stand die Revolution in Preetz im wahrsten Sinne des Wortes nicht auf der Tagesordnung. Auf der Kollegiensitzung, der gemeinsamen Tagung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, wurde neben den üblichen Tagesordnungspunkten „Mitteilungen", „Kassensachen" und „Verschiedenes" der „Beitritt zum Schleswig-Holsteinischen Giroverband" diskutiert. Diese Tagesordnung war zwar schon am 1. November bekanntgegeben worden. Der spätere Zeitungsbericht und das Protokoll zeigen, dass die Sitzung genau nach dieser Vorgabe durchgeführt wurde.[6] Die Preetzer waren zu diesem Zeitpunkt durch die Preetzer Zeitung und der sozialdemokratische Teil durch die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" sicher schon recht gut über die Ereignisse in Kiel informiert. Die Volkszeitung hatte schon am Montag, dem 4. November, mit der Schlagzeile „Der Sieg der Freiheit" aufgemacht und die Preetzer Zeitung hatte am Tag danach unter der Rubrik „Neueste Nachrichten" über die Situation in Kiel gemeldet: „Es hat sich hier ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet […] Die öffentliche Gewalt ist in Hand des Soldatenrates übergegangen

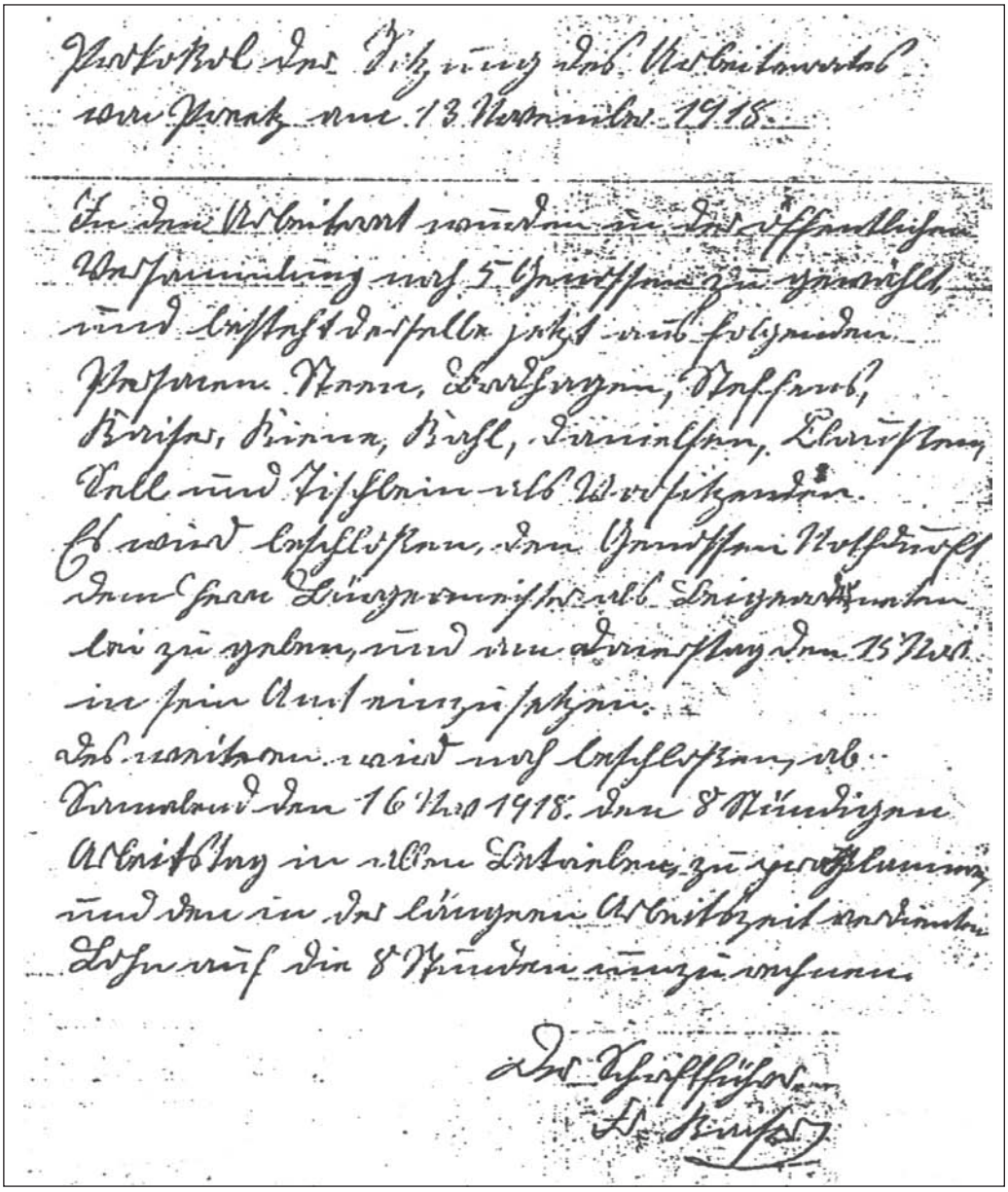
3 Chronik der evangelischen Kirchengemeinde Preetz (im Folgenden: Kirchenchronik), o. O., o. J. (1985), S. 186.

4 Preetz war sowohl Station für die Staatsbahn auf der Strecke Kiel-Ascheberg wie auch Station auf der Kleinbahnstrecke Kirchbarkau-Lütjenburg, hatte also zwei Bahnhöfe.

5 Preetzer Zeitung (Im Folgenden: PZ) vom 7.11.1918.

6 Vgl. PZ vom 4.11., 9.11.1918 und Sitzungsprotokoll der Kollegiensitzung vom 6.11.1918, Stadtarchiv Preetz (im Folgenden: SAP) Nr. 241.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 109



Protokoll der Sitzung des Arbeiterrates vom Freitag am 13. November 1918.

In der Arbeiterrat wurden in der öffentlichen Versammlung auf 5 Genossen zu gewählt, und besteht derselbe jetzt aus folgenden Personen: Mann, Lindberg, Nehrenb, Kirsch, Kirn, Kiel, Dreinhöfer, Christen, Voll und Fischbein als Vorsitzender.
Es wird beschlossen, den Genossen Noske durch den Herrn Ringnamister als Ringnachfolger zu geben, und den Antrag den 15 Nov. in sein Amt einzusetzen.
Des weiteren wird noch beschlossen, ab Sonnabend den 16 Nov 1918. den 8 stündigen Arbeitstag in allen Betrieben zu verfügen und die in der längeren Arbeitszeit verdienten Lohn auf die 8 Stunden umzurechnen.

Der Vorsitzende
H. Kirsch

Auszug des Protokolls vom 13.11.1918

[…] Auf den Schiffen weht die rote Flagge. Die Offiziere haben ihre Waffen übergeben.“ Am 6. November wurde dann ausführlicher über „Die Lage in Kiel“ berichtet und sogar die 14-Punkte-Forderung des Kieler Soldatenrats in voller Länge veröffentlicht.[7] Die Leser erfuhren auch, dass am 5. November in Kiel der Generalstreik ausgerufen worden war und die Bahnverbindungen unterbrochen waren. Für die pendelnden Werftarbeiter aus Preetz, deren Zug am Hauptbahnhof endete, war vor allem die folgende Meldung wichtig: „Die Arbeiterdampfer nach Friedrichsort und nach der Kaiserlichen Werft und nach den Werken an der Schwentine fielen aus“.

7 Vgl. SHVZ vom 4.11.1918 und PZ vom 5.11.1918 und 6.11.1918

Sicherheitsma

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 111

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 112

Vorangehende Seiten:
Die Sicherheitswache des Soldatenrats vor der Kriegsküche in Preetz, auf den Mützenbändern: Unterseeboot-Abteilung II. Werft Division

Rechte Seite:
Joseph Tischbein (1883-1964) circa 1916

Nachrichten über die Kieler Ereignisse waren aber auch mündlich nach Preetz übermittelt worden: „Im Laufe des gestrigen Tages (gemeint war der 5. November) sind aus Kiel ununterbrochen Flüchtlinge aus Kiel eingetroffen, die es vorgezogen hatten, der ungastlichen Stätte den Rücken zu kehren.“[8]

Die Revolution erreicht Preetz. Aber was hatte das alles mit Preetz zu tun, außer dass die Werfarbeiter nicht zur Arbeit fahren konnten, Nachrichten schwerer per Bahnpost übermittelt werden konnten und Einkäufe und Besuche in Kiel vorübergehend nicht möglich waren? Schon am 7. November wurde in Preetz für denselben Abend zu einer „öffentlichen Bürgerversammlung“ in der „Tonhalle“, einem Lokal am Feldmannsplatz, in dem sich unter anderem die Sozialdemokraten zu treffen pflegten, aufgerufen. Dort sollte auf Einladung eines „Arbeiter- und Soldatenrates Preetz“ und des Preetzer Bürgermeisters Dr. Krug „die gegenwärtige Lage“ besprochen werden. Die Preetzer Bürger erfuhren hier zum ersten Mal, dass sich auch in ihrer Stadt ein vergleichbares revolutionäres Organ gebildet hattte. Am Abend war der stattliche Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. „Männer und Frauen der Arbeiterschaft, Bürger und Beamte waren zahlreich erschienen“. Der vorgesehene Redner, SPD-Stadtrat Brecour aus Kiel, konnte zwar nicht, wie vorgesehen, wegen der unterbrochenen Bahnverbindung über die „gegenwärtige politische Lage“ sprechen. Deshalb gab der „stellvertretende Bevollmächtigte des hier stationierten Soldatenrates“, wer immer das zu diesem Zeitpunkt auch gewesen sein mag (einen „stellvertretenden Bevollmächtigten gab es eigentlich nicht)[9], „einige Schilderungen über die Ursachen der großen Kieler Matrosenbewegung“. Der Redner stellte fest, dass die Macht des Militarismus durch „das einmütige Verhalten der Kameraden gebrochen“ sei und betonte, dass der Arbeiter- und Soldatenrat „in erster Linie für Ruhe und Ordnung“[10] sorge. Eröffnet hatte die Bürgerversammlung wohl der Vorsitzende Schlosser Joseph Tischbein, der zu diesem Zeitpunkt auch Vorsitzender des SPD-Ortsvereins war. Dieser wies in seinem Schlusswort auf „die große Bedeutung hin, die von der großen Matrosenbewegung ins Rollen gekommen“ sei. Und weiter stellte er fest: „Die bisherigen Machthaber des alten Systems sind mit ihrer Herrschaft am Ende, ein neues freies Deutschland wird entstehen.“[11]

Zugleich mit dem Bericht über die Versammlung in der „Tonhalle“ druckte die „Preetzer Zeitung“ einen kritischen Leserbrief (unter „Eingesandt“) des SPD-Mitglieds Heinrich Peters, der auch mit vollem Namen unterzeichnet hatte: „Jedenfalls war die große Mehrheit der Versammlungsbesucher gekommen in der Meinung, etwas über die Gegenwart und noch mehr über unsere Zukunft zu erfahren. Die Versammlung verpuffte unter diesen Umständen denn auch wirkungslos und hinterließ keinen Eindruck“. Er hoffte, dass der Arbeiterrat eine neue Versammlung ansetzen werde und schloss: „Das Bedürfnis hierfür ist riesengroß.“[12] Was hatte ihn so unzufrieden gemacht? Nach dem einleitenden Bericht über Kiel hatte offensicht-

8 Beide Zitate aus PZ vom 6.11.
9 Laut Dirk Dähnhardt, Die Revolution in Kiel, Neumünster 1984, S. 76, Anm. 332 soll der Heizer Podolski von S. M. S. Großer Kurfürst, der zuvor mit Artelt in Kiel-Wik mit Gouverneur Souchon die ersten Verhandlungen geführt hatte, ‘später Vorsitzender des Soldatenrats in Preetz’ gewesen sein. Er stützt sich dabei auf Akte BA-MA, RM 3/v.8065. Eine Überprüfung dieser Quelle war mir nicht möglich.
10 Alle Zitate aus dem Bericht über die Veranstaltung in der PZ vom 9.11.1918.
11 Zitate aus demselben Bericht der PZ vom 9.11.1918.
12 „Eingesandt“ von Heinrich Peters in der PZ vom 9.11.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 113

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 114

lich Bürgermeister Krug, der ja auch einer der Einladenden zur Bürgerversammlung gewesen war, sofort das Wort genommen und „längere Ausführungen“ über die Lebensmittel- und Kohleversorgung abgegeben. Dabei machte er auch klar, dass die sogenannte Kriegsküche in der Kirchenstraße ihre Arbeit zur Versorgung der Armen mangels Lebensmittelnachschub demnächst würde einstellen müssen. Maurer Steen kritisierte in der Aussprache die Lebensmittelverteilung „und fand auch, dass manches in der Handhabung in der Verteilung am Orte besser und richtiger zu machen sei“. Und weiter: „Er sowie auch weitere Redner gingen der Agrarpolitik, den geforderten Wucherpreisen und dem betriebenen Schleichhandel zu Leibe. Dann wurde über die Schwierigkeiten gesprochen, die Einwohner mit mehr Lichtstrom zu versorgen”. Ingenieur Griebel von den Stadtwerken beklagte sich darüber, dass keine Elektromonteure zu bekommen wären, hoffte aber auf den Soldatenrat, an den er wohl schon ein Gesuch gerichtet hatte, „dass dieser Monteure nach hier überweist, damit die Beleuchtungsfrage ihre Lösung finden möge.“ Ob er sich mit dem Gesuch an den Preetzer Soldatenrat, der ja bis dahin erst höchstens 24 Stunden existierte, oder vielleicht auch an den Kieler gewandt hatte, wird aus dem Bericht nicht ersichtlich. Bürgermeister Krug konnte noch einmal „Richtigstellungen“ vornehmen und „gab weitere Aufklärungen über die vorgetragenen Beschwerden und Wünsche.“ Es wurde dann eine Deputation gewählt, die aus zwei Vertretern der Stadt Preetz und je einem aus den Gemeinden Schellhorn sowie Wakendorf bestand, die bei der Provinzialverteilungsstelle für eine bessere Lebensmittelzuteilung für die Gemeinden eintreten sollte. Der einzig greifbare Beschluss dieser Versammlung bestand darin, dass die Butterverteilung von einem 14-tägigen Rhythmus wieder auf eine wöchentliche Ausgabe umgestellt werden sollte.

Auffällig ist, wie die Alltagssorgen der Bürger diese Veranstaltung dominierten, welch zentrale Position der Bürgermeister auf ihr einnahm und wie es zu einer Art Aufgabenteilung zwischen der Stadtspitze und dem Arbeiter- und Soldatenrat kam, der in Person des Vorsitzenden Joseph Tischbein für die gesamtpolitische Einordnung zuständig war. Beides lief, laut Preetzer Zeitung, in dessen Schlusssatz zusammen: „Eine sichere Durchführung dieser tiefgreifenden Umgestaltung ist aber nur möglich, wenn jeder seine Pflichten erfüllt und für Ruhe und Ordnung sorgt.“[13] Am selben Tag, an dem der Bericht über die Bürgerversammlung erschien, wurde um 12 Uhr mittags die rote Fahne auf dem Rathaus gehisst[14] und am gleichen Tage wurde neben Meldungen über den Rücktritt Prinz Max von Badens als Reichskanzler und die Abdankung des Herzogs von Braunschweig der erste Tagesbefehl von Gustav Noske als Gouverneur zusammen mit dem Soldatenrat Kiel im Wortlaut veröffentlicht.[15] Die Preetzer Bevölkerung wurde an diesem Tag aber auch darüber aufgeklärt, „dass sich am Orte ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hat.“

13 Alle Angaben und Zitate aus dem Bericht der PZ vom 9.11.1918.
14 Vgl. PZ vom 9.11.1918.
15 Vgl. ebenda.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 115

In der Bekanntmachung hieß es:
„Zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit wird Folgendes angeordnet:
Das wirtschaftliche Leben nimmt seinen gewohnten Fortgang.
Der Aufenthalt in den Straßen in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 4 Uhr morgens ist verboten.
Jeglicher Diebstahl von Zivil- und Militärpersonen wird streng geahndet werden, insbesondere die Umgebung der Kartoffelmieten am Bahnhof ist zu meiden.
Die Versorgung der Einwohnerschaft mit Lebensmittel erfolgt in derselben Weise wie bisher, jede Unregelmäßigkeit ist sofort dem Arbeiter- und Soldatenrat zu melden.
Die Geschäftsräume befinden sich in der Kirchenstraße (Kriegsküche)
Wir fordern die Einwohnerschaft auf, den Aufforderungen des Arbeiter- und Soldatenrats sofort zu folgen und versichern wir, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat“

Gleich darunter meldete sich Bürgermeister Krug zu Wort: „Auch ich bitte um Beobachtung der Ruhe.“ Und zur Beruhigung: „Die Sicherheit ist mir gewährleistet worden.“[16]

Die Aktivitäten des Arbeiter- und Soldatenrates in den nächsten Tagen lassen sich nur indirekt erschließen, die zur Verfügung stehenden Quellen geben dazu nur wenig her. Es wurde offensichtlich eine „Sicherheitswache“ gebildet, die aus mindestens 22 Mann der „Unterseeboot-Abteilung der II. Werft Division“ bestand, wie auf ihren Mützenbändern abzulesen war.[17] Sehr martialisch sieht diese Sicherheitswache nicht aus. Die Aufnahme vor der Kriegsküche, ihrem „Amtssitz“, fängt eine Art Freizeitsituation ein, eine Art Bandoneon ist zu sehen, ein Matrose hält eine Zigarettenspitze in der Hand, Spazierstöcke sind zu erkennen und im Zentrum steht ein Zivilist. Sehr wahrscheinlich handelt es sich hierbei um den vom Kieler Soldatenrat am 14. November nach Preetz entsandten Bevollmächtigten Starke. Die Fluktuation in der Sicherheitswache dürfte gerade vor Weihnachten 1918 hoch gewesen sein. Jedenfalls sind uns noch mindestens zwei weitere Bevollmächtigte mit militärischem Rang bekannt.[18] Aber auch mindestens fünf Mitglieder des örtlichen (M)SPD Ortsvereins waren, einschließlich des Ortsvorsitzenden Tischbein, schon seit dem 6./7. November Mitglieder des Rates.

Was sich in dieser ersten Revolutionswoche in Preetz im Zusammenhang mit dem Arbeiter- und Soldatenrat ereignet hat, erschließt sich uns heute nur aus einer Quelle, die zudem sehr einseitig ausgerichtet ist. Die Preetzer Zeitung schweigt sich über dessen Aktivitäten in den folgenden Tagen völlig aus. Die genannte Quelle ist ausgerechnet Gustav Noskes Werk „Von Kiel zu Kapp“ von 1920. Darin gibt Gustav Noske einen Brief vom 13. November von Bürgermeister Krug an ihn wieder, dessen Abdruck er mit folgenden Wor-

16 Abgedruckt in PZ vom 9.11.1918.
17 Vgl. abgedruckte Postkarte mit der Aufschrift „Sicherheitswache – Preetz 1918“. Ob dieses Bild die erste Sicherheitswache zeigt oder eine spätere Besetzung, lässt sich heute nicht mehr mit Sicherheit sagen. Vieles spricht für ein Aufnahmedatum zwischen dem 13.11. und dem 4.12.1918, vgl. weiter hinten zur „Affäre Starke“.
18 Am 25.1.1919 berichtet das Protokoll des Arbeiter- und Soldatenrates Preetz von der Ablösung des Soldatenratsvertreters in seinen Reihen, Obermaat Wahl, durch den „Genosse[n] Krüger“. Vgl. Protokollbuch des Arbeiter- und Soldatenrates (im Folgenden: AR) Preetz, Sitzung vom 25.1.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 116

Rechte Seite:
August Nothdurft (1876-1926)

ten einleitet: „Ziemlich drangsaliert wurde, um ein Beispiel anzuführen, die Stadtverwaltung von Preetz von einigen Soldaten, die dort Rat spielten. Die Sache wurde von mir in Ordnung gebracht.“ Krug hatte dort geschrieben: „Unter Bezug auf unsere gestrige Unterredung dürfen wir dafür danken, dass wir uns dem Schutz des Gouverneurs unterstellen konnten. Wir haben mit dem Arbeiterrat gemäß Ihrer Instruktion ein volles Einvernehmen erzielt und die Stadtverwaltung der Kontrolle eines gehörig beglaubigten Vertreters des Soldatenrats in Kiel zu unterstellen uns bereit erklärt. Für alles gefundene Entgegenkommen danken wir verbindlichst. Es ist uns ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Gouverneur, zu erklären, dass wir volles Vertrauen zu Ihnen haben. Gez. L. Krug“.[19]

Interessant ist, wenn wir von der Authentizität des Briefes ausgehen, dass Krug hier nur vom Arbeiterrat spricht, mit dem er „volles Einvernehmen“ erzielt habe. Er versucht auch, durch die Abordnung eines Bevollmächtigten aus Kiel, die Soldaten vor Ort zu umgehen und, wenn es zu „Drangsalierungen“ gekommen ist, wieder Ordnung in seiner Stadt herzustellen. Dabei stand der aus den Mehrheitssozialdemokraten gebildete Arbeiterrat offensichtlich ganz auf seiner Seite. Bezeichnend ist aber auch, dass er sich direkt an Noske wendet und er sich ziemlich sicher ist, dass dieser die Sache in seinem Sinne regelt. Dem Arbeiterrat wollte er die Regelung der Angelegenheit wohl auf keinen Fall überlassen. Noch am selben Tag gab Krug für den Magistrat und als untere Polizeibehörde unter der Überschrift „An Alle !“ eine Bekanntmachung heraus, in der es unter anderem hieß: „Die Requirierungsscheine, die unberechtigterweise ausgestellt worden sind, sind unter Geltendmachung des Schadensersatzes zur Weiterleitung an den Gouverneur in Kiel einzureichen. Polizeistunde, Tanzverbot usw. bestehen in alter Weise weiter. Als Bevollmächtigter des großen Soldatenrats Kiel ist Herr Starke nach Preetz entsandt worden. Sämtliche vom Soldatenrat ausgehende Verfügungen tragen ausschließlich dessen Unterschrift und Stempel: Bevollmächtigter des großen Soldatenrats. Wir bitten alle, etwa bestehendes Misstrauen zu unterdrücken und Vertrauen in die Zukunft unseres deutschen Volkes zu setzen. Nur bewusste Einigkeit und Zusammenstehen aller zum Vaterlande kann uns das Kommende überwinden helfen, damit wir zum neuen Aufbau im Reiche wie auch in unserer Stadt schreiten können.“[20] Am Abend desselben Tages, an dem diese Bekanntmachung herausgegeben wurde, fand eine weitere Bürgerversammlung statt, über die uns zunächst nur die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung informiert. Der SPD-Mann Runge aus Kiel hielt dort einen Vortrag mit dem Titel ‘Die politische Lage in Deutschland’ und kam damit der Aufforderung aus der ersten Bürgerversammlung nach. „Die Versammlung, die sehr gut besucht war, stimmte mit Beifall dem Referenten zu. Mit der Aufforderung an die Versammelten, alles für die Freiheit einzusetzen, schloss der Vorsitzende (vermutlich Joseph Tischbein, der Verf.) die Versammlung, die mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Republik auseinanderging.“ Nebenbei erfahren wir noch: „Der Arbeiterrat hat den Ge-

19 Trotz intensiver Recherche ist es mir nicht gelungen, eine andere Quelle im Stadtarchiv Preetz zu finden, die den Inhalt oder wenigstens die Tatsache des Abgangs des Schreibens hätte bestätigen können, s. Akte „Krug“, SAP Nr. 172; Brief abgedruckt in: Gustav Noske, Von Kiel zu Kapp, Berlin 1920, S. 32/33.
20 PZ vom 14.11.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 117

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 118

Rechte Seite:
Karl Brodthagen (1898-1938)

nossen Stadtverordneten August Nothdurft[21] als Beigeordneten für den Bürgermeister bestätigt und für Preetz den Achtstundentag proklamiert.“[22]

Über diese Veranstaltung gibt uns aber auch eine andere seltene Quelle, die uns ab jetzt für fast vier Monate zur Verfügung steht, Auskunft: Das „Protokollbuch des Arbeiter- und Soldatenrates von Preetz“. Ihm ist zu entnehmen, was vom Arbeiterrat beschlossen wurde, nämlich „ab Sonnabend, dem 16. November den 8stündigen Arbeitstag in allen Betrieben zu garantieren und den in der längeren Arbeitszeit verdienten Lohn auf die 8 Stunden anzurechnen.“[23] Also eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich! Am 15. November sollte August Nothdurft, der als sozialdemokratischer Stadtverordneter seit 1905 schon Erfahrung in der Stadtverwaltung gesammelt hatte, dem Bürgermeister zugeordnet werden. Den Beigeordneten gab es zu diesem Zeitpunkt schon auf allen Ebenen, auch in den Ministerien in Berlin und seit dem 11. November auch bei der Regierung in Schleswig (dort die Mehrheitssozialdemokraten Eduard Adler und Paul Greß). In einer entsprechenden Vollmacht über seine Aufgaben heißt es: „Seine Rechte sind die der Kontrolle der genannten Amtsstelle bzw. der Person, der Teilnahme ohne Stimmrecht an etwaigen Kollegialsitzungen und mit dem Rechte, durch seinen Einspruch (Veto) Beschlüsse und Ausführung von Beschlüssen vorläufig zu verhindern. Seine Pflicht ist, die bestehenden oder neu einzuführenden Staats- und Reichsgesetze, sowie alle nicht von der provisorischen Provinzialregierung aufgehobenen und die von ihr neu erlassenen Gesetze, Verfügungen und Verordnungen zu beobachten und sich der direkten ungesetzlichen Eingriffe in die Arbeit von Verwaltungsbehörden und die Gerichtsverfahren zu enthalten.[…] Gegen den von ihm erhobenen Einspruch steht dem Betroffenen das Recht zu, an die Provinzialregierung zu appellieren, welche alsdann unter Zuziehung des Beschwerdeführers entscheidet.“[24] Ein Initiativrecht für Verordnungen und Verwaltungsakte wurde nur den Beigeordneten bei den Landräten und der Provinzialregierung zugestanden. August Nothdurft wird dieses Amt allerdings nur kurz ausüben. Er tritt nur einmal als Beigeordneter in Erscheinung, als er neben Krug die oben erwähnte Bekanntmachung vom 13. November mitunterschreibt, in der Preetzer Zeitung heißt es: „Sämtliche Anordnungen und Erlasse sind nur dann gültig, wenn sie von Herrn August Nothdurft (i.O.h.) gegengezeichnet sind.“[25] An seiner Stelle wird der „Gewerkschaftsführer Tischbein“, der vom Arbeiterrat schon am 16. November zum Stellvertreter August Nothdurfts gewählt worden war[26], am 19. November zum ersten Mal als Teilnehmer an einer Magistratssitzung vermerkt.[27]

Auf der Veranstaltung vom 13. November, in die offensichtlich die Sitzung des Arbeiterrates integriert war, wurde der Arbeiterrat stark erweitert. Durch „Zuwahl“ von fünf weiteren Genossen aus dem SPD-Ortsverband wurde die Mitgliederzahl auf zehn (neben dem Bevollmächtigten Starke) erhöht, sodass er jetzt aus den Genossen Steen, Brodthagen, Steffens, Kaiser (Protokollant des AR Preetz

21 August Nothdurft war als erster Sozialdemokrat seit 1905 Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung von Preetz, er war zugleich Geschäftsführer des seit 1901 in Preetz bestehenden, überaus erfolgreichen Konsumvereins.
22 SHVZ vom 15.11.1918.
23 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 13.11.1918. Bei allen folgenden Zitaten aus dem Protokollbuch habe ich die ursprüngliche Schreibweise der Wörter und die Abkürzungen in den wörtlichen Zitaten, soweit sie leicht zu entschlüsseln sind, möglichst beibehalten; die Zeichensetzung habe ich teilweise ergänzt, um die Lesbarkeit zu verbessern.
24 Vordruck einer entsprechenden Vollmacht der provisorischen Regierung in Schleswig, Stadtarchiv NMS Nr. 2811 (Magistratsakte „Arbeiter- und Soldatenrat“).
25 PZ vom 14.11.1918.
26 Vgl. Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 16.11.1918.
27 Magistratsprotokoll vom 19.11.1918, SAP Nr. 231.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 119

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 120

Rechte Seite:
Anzeige in der Preetzer Zeitung vom 14.11.1918

von November 1918 bis März 1919), Kiene, Kahl, Danielsen, Claußen und Sell neben Joseph Tischbein als Vorsitzendem bestand.[28] Wir erfahren leider nicht, wer neben Joseph Tischbein neu „zugewählt" wurde und wer schon vorher Mitglied gewesen war. Es handelte sich aber immerhin um eine Verdoppelung der Mitgliederzahl. Der Beschluss zum Achtstundentag wird den Arbeiterrat noch ein weiteres Mal beschäftigen. In der Sitzung vom 20. November, zusammen mit dem örtlichen Gewerkschaftskartell und Vertrauensleuten aus den Preetzer Betrieben, wurde der Antrag der Arbeitgeber beraten, das Inkrafttreten des Achtstundentages auf den 1. Dezember zu verschieben. Die Begründung war, dass diese ihre Preise noch zu den alten Bedingungen kalkuliert hätten. Der Arbeiterrat wies den Antrag zurück: „Von der Versammlung wird dieser Grund nicht als stichhaltig anerkannt und nach Klarstellung der Verhältnisse wird beschlossen, an der Proklamation des Arb. R. festzuhalten." Aber der Arbeiterrat zeigte sich auch flexibel und das Protokoll fährt fort: „In den Betrieben, in denen es aus technischen Gründen nicht möglich ist, den 8 St. T. sofort umzusetzen, sondern erst am 1. Dez. einzuführen, ist es Pflicht, ab 16. Nov. den Lohn auf die 8 St. umzurechnen und was länger gearbeitet wird, als Überstunden mit Aufschlag zu bezahlen."[29] Dieser Beschluss sollte den Arbeitgebern umgehend mitgeteilt werden.

Von Anfang an beschäftigte sich der Arbeiterrat mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Damit reihte er sich ein in die lange Reihe der Arbeiterräte in der Provinz, die diese Themen zu ihrem Schwerpunkt machten und damit ganz auf der Linie der Organisationsrichtlinien arbeiteten, die auf der 2. Generalversammlung der schleswig-holsteinischen Arbeiter- und Soldatenräte am 12. Dezember in Neumünster beschlossen worden waren und in denen es unter anderem hieß: „Wichtige Aufgaben der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte sind a) die Vertretung aller Arbeiterinteressen und die Pflege sozialer Fürsorge […] c) die Sicherung einer gerechten, in den Rahmen des Ganzen passenden Lebensmittelverteilung […] d) die Kontrolle der städtischen Kollegien[30] […] e) die gute Regelung der Arbeitsnachweise[31], Arbeitslosenunterstützung, Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Beihilfe zur Demobilisierung und zur Nahrungsmittelfürsorge, Bekämpfung sozialer Missstände, Kampf gegen private Ausbeutung der Arbeitskraft und alles dessen, was sich auf sozialem Gebiet tun lässt."[32]

Soziales Engagement und Versorgung. Zu den sozialen Missständen in Preetz gehörten die Verhältnisse im sogenannten Werkhaus in der Klosterstraße, zu dieser Zeit eine Art Obdachlosenheim für minderbemittelte Bürger, ausgestattet mit Schlichtwohnungen, unterhalten von und geführt im Auftrage der Stadt. Zur Kontrolle der Arbeit im Werkhaus, das von einem sogenannten Werkhausökonomen geführt wurde, diente eine Werkhauskommission. Diese wurde zusammen mit Bewohnern des Werkhauses zu einer Sitzung im Jugendheim (Treffpunkt der SDAJ SPD) über dem Konsum in der Bahnhofstraße

28 Vgl. Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 13.11.1918.
29 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 20.11.1918.
30 Magistrat und Stadtverordnetenversammlung.
31 Arbeitsvermittlung.
32 Zit. nach dem von Eduard Adler ausgearbeiteten und überarbeiteten Entwurf, veröffentlicht in der SHVZ vom 10. 12. 1918. Der im Amtsblatt der Regierung zu Schleswig am 16.12. abgedruckte Text gibt nur den ursprünglichen Entwurf wieder, vgl. Amtsblatt der Regierung zu Schleswig, Stück 54, 21.12.1918, Nr. 967, S. 993ff.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 121

An Alle!

Die Stadtverwaltung steht unter Kontrolle des dem Bürgermeister zur Seite gestellten Beigeordneten, Geschäftsführer **Nothdurft**, der gegenzeichnet.

Die Requirierungsscheine, die unberechtigt ausgestellt worden sind, sind uns unter Geltendmachung des Schadenersatzes zur Weiterleitung an den Gouverneur in Kiel einzureichen.

Polizeistunde, Tanzverbot usw. bestehen in alter Weise weiter.

Als Bevollmächtigter des großen Soldatenrats Kiel ist Herr Starke nach Preetz entsandt worden. Sämtliche vom Soldatenrat ausgehende Verfügungen tragen ausschließlich dessen Unterschrift und Stempel: Bevollmächtigter des großen Soldatenrats.

Wir bitten alle, etwa bestehendes Mißtrauen zu unterdrücken und Vertrauen in die Zukunft unseres deutschen Volkes zu setzen. Nur bewußte Einigkeit und Zusammenstehen aller zum Vaterlande kann uns das Kommende überwinden helfen, damit wir zum neuen Aufbau im Reiche wie auch in unserer Stadt schreiten können.

Preetz i. H., den 13. November 1918.

Der Magistrat.
Die Polizeiverwaltung.

Dr. Krug. Aug. Nothdurft.

An die Einwohnerschaft der Stadt Preetz.

Der Arbeiterrat bestimmt hiermit, daß der Stadtverordnete Herr **August Nothdurft** von hier dem Herrn Bürgermeister **Dr. Krug** als Beigeordneter beigegeben wird.

Sämtliche Anordnungen und Erlasse sind nur dann gültig, wenn sie von Herrn **August Nothdurft** gegengezeichnet sind.

Preetz, den 14. November 1918.

Der Arbeiterrat.
Jos. Tischbein.

Der Arbeiterrat der Stadt Preetz

bestimmt, daß ab 16. November in **Preetz der Achtstunden-Tag** eingeführt wird bei gleichzeitiger Umrechnung der Löhne für die bisher geleistete normale Arbeitszeit auf den Achtstunden-Tag.

Der Arbeiterrat.
Jos. Tischbein.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 122

eingeladen. Die eingeladenen Bewohner waren zu der Sitzung erschienen, die Werkhauskommission jedoch nicht. Laut Protokoll von dieser Sitzung, die dann wohl gleich direkt im Werkhaus stattgefunden hat, erklärte diese sich „für nicht zuständig“.[33] Von den Bewohnern wurden nun Beschwerden über die Lebens- und Wohnverhältnisse in diesem Haus vorgetragen. Sie mussten für Kost und Logis als männliche Erwachsene eine Art Pauschale von 47 Reichsmark und 60 Pfennig bezahlen. Der Bewohner Über beschwerte vor allem über die Verpflegung: „Dort bekomme ich 5 Sch(eiben), 3 mit Butter, 2 mit Käse o[der] Marmelade, Frauen und Kinder erhalten 3 Schnitten, aber nur sonntags eine mit Butter, Milch erhalten wir 3/4 Liter, obwohl uns 1 1/4 Liter zustehen, Zucker erhalten wir keinen, Einmachzucker erhielt ich 4 1/2 Pf(und]). Das Essen ist schlecht, es gibt Kohl u(nd) Rüben mit Kartoffeln und die Suppenmehlsuppen, die Kinder unter 7 Jahren erhalten abends Mehlsuppen, Heizung für die Stube wir nicht geliefert.“[34]

Es wurde eine eigene Kommission gebildet, die aus Joseph Tischbein und den Arbeitsratsmitgliedern Stehen, Sell und Steffens bestand und die am Buß- und Bettag eine Revision des Werkhauses vornehmen sollte. Schon am nächsten Tag wurde dem Arbeiterrat von der Kommission Bericht erstattet: „Die Zustände, die sie da antrafen, waren haarsträubend, hauptsächlich was die Schlafgelegenheit der Kinder anbelangt, alles verfault und vermodert.“[35] Für den übernächsten Tag wurde wieder eine Sitzung einberufen und „nach längerer Diskussion“ beschlossen, „dazu den Bürgermeister, den Magistrat und die Werkhauskommission zu hören.“[36] Jetzt konnte sich die Werkhauskommission nicht mehr verweigern und erschien zusammen mit Bürgermeister Krug und dem zuständigen Inspektor Kähler vor dem Arbeiterrat. „Nachdem der Genosse Tischbein die Missstände im Werkhaus vorgetragen und eine scharfe Kritik an der Verwaltung geübt hatte, versuchte der Inspektor Kähler die Sache etwas zu verschleiern, direkt verschleiern tat er nichts.“[37] Das Ergebnis der Sitzung war, „dass die vorhandenen Missstände sofort abgestellt werden. Den Genossen Über und Lüthjohann [Bewohner des Werkhauses, d. Verf.] soll Kochgelegenheit verschafft werden, die Möbel der Wellendorf [s. o.] sollen anderweitig untergebracht werden.” In der ersten Anhörung war zur Sprache gekommen, dass den beiden Werkhausbewohnerinnen Frau Wellendorf und Frau Hans „die ganze Kriegsunterstützung entzogen“[38] worden war. Am 22. November schließt das Protokoll: „Auch die Entziehung der ganzen Kriegsunterstützung der Wellendorf und Hans will der Herr Bürgermeister selbst einer Untersuchung unterziehen.“[39] Es ist schwer festzustellen, ob die Missstände wirklich alle beseitigt wurden, aber der Arbeiterrat scheint mit den vorgenommenen Verbesserungen nicht zufrieden gewesen zu sein. „Das Werkhaus soll morgen noch mal einer Revision unterzogen werden, und wenn die Mängel noch nicht abgestellt sind, sollen andere Maßnahmen ergriffen werden.“[40] Leider erfahren wir nicht, wie diese Revision ausgegangen ist und wissen auch nicht, welche „andere Maßnahmen“ der AR ergriffen hätte

33 Protokoll AR Preetz, „Sitzung des Arbeiterrates in Sachen Über u. Genossen im Werkhause“, undatiert, wahrscheinlich am 19.11.1918 (im Protokollbuch zwischen dem 18.11. und 20.11.1918).
34 Ebenda.
35 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 20.11.1918.
36 Ebenda.
37 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 22.11.1918.
38 Protokoll AR, Sitzung undatiert (zwischen den beiden datierten vom 18. und 20.11.1918).
39 Protokoll AR, Sitzung mit Magistrat und Werkhauskommission vom 22.11. 1918.
40 Protokoll AR, Sitzung vom 28.11.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 123

Bekanntmachung.

Alle Zivilpersonen, die die Staatseisenbahn benutzen wollen, haben sich zur Lösung der Fahrkarte mit einem Ausweis zu versehen, der beim Arbeiter- und Soldatenrat, Kriegsküche, hierselbst gegen eine entsprechende Dringlichkeitsbescheinigung zu erhalten ist.

Als Dringlichkeitsbegründungen gelten Krankheit oder Todesfall naher Angehöriger, Gerichtssachen, Reisen in volkswirtschaftlichem Interesse und Rückfahrten zum heimatlichen Wohnsitz.

Vergnügungsfahrten und Besuchsreisen sind mit Rücksicht auf die aus dem Felde heimkehrenden Truppen bis auf weiteres untersagt.

Der Bevollmächtigte des großen Soldatenrates.

gez. Starke.

Bekanntmachung in der Preetzer Zeitung vom 22.11.1918

oder hat, aber es wird deutlich, dass er nachgehakt und die Angelegenheit nicht hat auf sich beruhen lassen.

Auch die sogenannte Erwerbslosenfürsorge, die im Kreis Plön und in Preetz im Zuge der Demobilisierung[41] immer wichtiger wurde, stand schon sehr früh auf der Tagesordnung des Arbeiterrates. „Da die schon lange geforderte städtische Arbeitslosenfürsorge jetzt eingefordert werden muss, wird die seitens des Magistrates einzureichende Lohnstatistik einer Änderung unterzogen und die jetzigen Löhne in Ansatz gebracht, da die früheren Durchschnittslöhne nicht mehr maßgebend sind und den Arbeitslosen auch damit nicht geholfen wird, da dieser nur ein Bettelpfennig ist […]“[42] Nachdem die „Satzung für Erwerbslosenfürsorge der Gemeinde Preetz“ im Magistrat verabschiedet und in der Kollegiensitzung vom 4. Dezember „durchberaten und genehmigt“ worden war, wurde sie am 16. Dezember in voller Länge und unterzeichnet von Magistrat und Arbeiterrat in der Preetzer Zeitung veröffentlicht.[43] Die Erwerbslosenunterstützung wurde für Männer nur geleistet, wenn diese eine ordnungsgemäße Entlassung aus dem Militär nachweisen konnten. Männer über 17 Jahren erhielten eine Unterstützung von 4 Reichsmark pro Wochentag, für die entsprechende Altersgruppe der Frauen wurden nur 2 Reichsmark 50 Pfennig vorgesehen. Die Staffelung der Beträge für Familienangehörige konnte auf bis zu 1 Reichsmark heruntergehen.[44] Weiter hieß es unter Paragraph 8: „Erreichen Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche die in ihrer Arbeitsstätte ohne Überarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht, so erhalten sie für die ausgefallenen Arbeitsstunden Erwerbslosenunterstützung, sofern 70 v.H. ihres regelmäßigen Arbeitsverdienstes den doppelten Unterstützungsbetrag im Falle gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen. Der fehlende Betrag ist als Erwerbslosenunterstützung zu zahlen.“[45] Es wurde also sehr genau zwischen völliger Erwerbslosigkeit und teilweiser Erwerbslosigkeit unterschieden. Die Unterstützung seitens der Stadt konnte aber auch in Form von Sachleistungen erfolgen. Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren konnten Auflagen gemacht werden in Form von „fachlicher Ausbildung, Besuch von

41 Nach der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13.11.1918 (RGB 1918, Nr. 6530, S. 1307) sollten Fürsorgeausschüsse in jeder Gemeinde eingerichtet werden, „zu denen in gleicher Zahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzugezogen werden sollten“.

42 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 28.11.1918.

43 Vgl. PZ vom 16.12.1918.

44 Nach einer Neufassung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 15. 1. 1919 wurde Preetz in die Ortsklasse „D“ herabgestuft und der höchste Unterstützungssatz betrug nur noch 3,5 Reichsmark, Ehefrauen erhielten nur noch 1 Reichsmark pro Tag, vgl. PZ vom 27.3. 1918; Kommentar der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung dazu: „Für Preetz ist das besonders hart, weil die Lebenshaltung hier ebenso teuer ist wie in Kiel“ (SHVZ vom 4.3.1919).

45 Vgl. ebenda.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 124

Werkstätten und Lehrkursen u. dergl. […].“ Die Gemeinde übernahm auch die Krankenkassenbeiträge für die versicherten Arbeitslosen und richtete einen „Fürsorgeausschuss“ ein, der paritätisch mit Vertretern der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber besetzt war. Die Kontrolle darüber, ob die Voraussetzungen für den Erhalt der Unterstützung gegeben waren, konnte die Gemeinde selbst regeln, Personen mit entsprechenden Ausweisen einsetzen, Arbeitnehmerorganisationen, das heißt Gewerkschaften, damit beauftragen oder sogar die Auszahlung diesen überlassen. Zu den Kontrollvorschriften musste allerdings der Fürsorgeausschuss gehört werden. Am 12. Dezember wählte der Arbeiterrat August Röhling[46] und den Genossen Danielsen (zu Stellvertretern wurden die Genossen Qualmann und Kaiser bestimmt) „in die Kommission der Arbeitslosenfürsorge“.[47] Auch der Arbeitgeberverband „Bund für Handel und Gewerbe für Preetz und Umgebung“ hatte auf seiner Gründungsversammlung gleich als Vertreter für den Ausschuss den Fabrikanten Hamel, der auch Vorsitzender des Bundes geworden war, und den Zimmermeister Pries bestimmt.[48]

Neben der sozialen Problemen widmete sich der Arbeiterrat hauptsächlich der Sicherstellung der Ernährung und avancierte auf diesem Gebiet praktisch zum verlängerten Arm der Stadtverwaltung und des Bürgermeisters, was diesem sicherlich hinsichtlich seiner Kontrolltätigkeit nicht nur Freunde machte. Bei der Kreisverwaltung Plön war eine Lebensmittelkommission als Ableger des Demobilisierungsausschusses unter dem Vorsitz von Landrat Max Kiepert gebildet worden. Sie wurde ergänzt durch „Vertreter aller Bevölkerungsschichten, besonders aber auch Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte“[49] und umfasste immerhin circa 30 Personen. „In die Demobilisierungskommission des Kreises Plön wird der Genosse Tischbein von Plön aus vorgeschlagen und damit begründet, dass die Zeit zu kurz bemessen sei, um dieses den Preetzer Genossen zu überlassen.“ Das Protokoll ergänzt: „ Dieses Verfahren wurde lebhaft bemängelt.“[50]

Aber Tischbein erstattete zwei Tage nach der ersten Zusammenkunft der Kommission im Arbeiterrat Bericht: „Brot soll es in Zukunft 4 1/2 Pfund geben und 80 Gramm Mehl unter Fortfall der Zulagen an Schwer- und Schwerstarbeiter […], Fleisch soll 150 G gegeben werden, Butter und Milch gibt es wie bisher.“[51] Die Arbeitervertreter hatten in Plön offensichtlich dafür gesorgt, dass die im Kreis Plön nicht sehr sinnvollen Zulagen abgeschafft und eine gleichmäßig höhere Ration für alle möglich wurden. „Von allen Seiten wurde die Abschaffung derselben als wünschenswert empfohlen und danach einstimmig beschlossen“, schrieb die Plöner Zeitung am 1. Dezember und auch der Preetzer Arbeiterrat stimmte der Regelung zu, „da damit manche Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft wird“.[52] Die „Brot- und Lebensmittelkommission“, wie sie auch hieß, beschäftigte sich auch mit der Versorgung der Bevölkerung mit Heiz- und Brennmaterial in Form von Kohle, Holz und Torf, was angesichts des bevorstehenden Winters eine dringende Aufgabe war.

46 August Röhling war im Oktober 1918 zum sozialdemokratischen Stadtverordneten neben Joseph Tischbein und Karl Brodthagen in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden, vgl. weiter unten.
47 Protokoll AR Preetz, Sitzung am 12.12.1918.
48 Vgl. PZ vom 10.12.1918.
49 Vgl. Plöner Zeitung (im Folgenden: PlZ) vom 1.12.1918.
50 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 25.11.1918.
51 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 28.11.1918.
52 Ebenda.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 125

Einstweilen stellte die Preetzer Zeitung für den Schwerpunkt der Kommissionsarbeit in ihrem Bericht fest: „Die Kartoffelernte ist nicht so groß wie erwartet wurde, so dass mit Rüben gestreckt werden muss.“[53]

In dieser neunstündigen Sitzung, in der auch die Versorgung mit Fleisch, Milch, Butter, Nährmitteln, Zucker, Marmelade sowie Petroleum, Spiritus und Lichter zur Sprache kam, stand auch die sogenannte Holzfrage im Mittelpunkt, die „größeren Waldbesitzer des Kreises“ sollten dazu besonders in die Pflicht genommen werden. Ein besonderes Thema, mit dem sich der Arbeiterrat immer wieder beschäftigte, war die Milch- und Butterversorgung der Bevölkerung. Die Stadtverwaltung musste immer wieder unter Überschriften wie „Milcheinschränkung“ oder „Milch ist knapp !“[54] bekanntgeben, dass die Zuteilung von Milch und Milchprodukten auch auf Lebensmittelmarken gekürzt werden musste. Dabei bediente sich von Anfang an Bürgermeister Krug des Arbeiterrats quasi als ausführendem Organ. In einem Schreiben an den Arbeiterrat berichtete er dem Rat, dass ein Landmann Rolf „Vollmilch verbuttert“ habe, was bewiesen und die Angelegenheit der „Kreisfettstelle“ überwiesen worden sei. In einem zweiten Schreiben beschwerte er sich über einen Milchkutscher, der verbotenerweise zu wiederholten Malen Milch in seiner Wohnung abgeladen und dort verkauft habe, obwohl dies ausschließlich in der dafür vorgesehenen Verkaufsstelle zu erfolgen habe. Der Arbeiterrat nahm sich sofort der Sache an und wollte schon am nächsten Tag tätig werden: „Da er aber gestern wieder Milch bei sich abgeladen hat, soll Sonntag, den 17. Nov., eine Kontrolle durch die Genossen Steffens und Sell vorgenommen werden, um festzustellen, wie sich die Sache verhält, um dann weitere Maßnahmen zu ergreifen.“[55] Am 2. Dezember wurde dem Arbeiterrat berichtet, „dass der Hofpächter Bornhöft Wittenberg von 120 Kühen nur 75-80 Ltr Milch bei Semper (einer Verkaufsstelle) abliefere, und trotz Beschwerde desselben in Plön sei ihm keine Antwort zutheil geworden.“ Die Sache solle untersucht und „das Weitere veranlasst werden.“[56] Am 19. Dezember 1918 erhielt der Arbeiterrat ein Schreiben von der Kreisfettstelle in Plön über die die weiterhin bestehende mangelnde Milchlieferung von diesem Hof aus Wittenberg. Darin wurde „mitgeteilt, dass derselbe tatsächlich zu wenig Milch geliefert hat“. Wieder schließt der Satz mit „und ist das weitere veranlasst worden“, einer Formel, der wir häufig im Protokoll begegnen. Nur einmal erfahren wir in diesem Zusammenhang etwas über konkrete Maßnahmen. Wieder hat ein Landwirt angeblich zu wenig Milch abgeliefert und jetzt „soll da unter Aufsicht des Arbeiterrates gemolken werden und dazu wird der Genosse Steffens bestimmt“, heißt es am 24. Februar im Protokoll.[57] Im Kollegienprotokoll vom 4. April 1919 lesen wir zu dem offensichtlich immer noch gleichen Fall: „Ein Probemelken auf dem Hof Wittenberg hat ergeben, dass eine Milchhinterziehung nicht stattfindet.“[58] Wer nun das Probemelken durchgeführt oder überwacht hat, wissen wir nicht, aber an diesem Beispiel zeigt sich, dass Arbeiterrat und Stadtkollegien mit den gleichen Fäl-

53 PZ vom 27.11.1918.
54 Beispiele aus PZ vom 19.11.1918 und 7.2.1919.
55 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 16.11.1918.
56 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 2.12.1918.
57 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 24.2.1919.
58 Protokoll Kollegiensitzung vom 4.4.1919, Stadtarchiv Preetz (im Folgenden: SAP) Nr. 241.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 126

Rechte Seite:
Paul Johannsen (1861-1924)

len und Themen beschäftigt waren. Noch ein Schreiben, das im Arbeiterrat ankam, gehört in diesen Zusammenhang. Im Protokoll vom 21. Dezember 1918 lesen wir: „Unter Punkt Mittheilung wird ein Schreiben der Meierei Schellhorn verlesen, worin mithgeteilt, wieviel Milch jeder Kuhhalter abliefert, sobald die Zahl der Kühe feststeht, soll das weitere veranlasst werden.“[59] Ob der Arbeiterrat auch bei der Überwachung der Milchlieferungen an die Meierei Schellhorn eingesetzt wurde, erfahren wir aus dem Protokoll aber nicht.

Ab Februar 1919 scheint sich in Preetz und Umgebung die Versorgung mit Eiern verschlechtert zu haben. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadt Preetz offenbar die Verpflichtung pro Jahr insgesamt genau 16 610 Eier an die Kreisverteilungsstelle abzuliefern. Dazu wurde auf Beschluss des Magistrats vom 25. Februar eine alte Eierordnung wiederbelebt, wonach in 1919 pro Huhn 10 Eier zu einem festgesetzten Preis abzugeben seien. Von dem Entzug von Futtermitteln als Strafmaßnahme wollte der Magistrat vorläufig absehen.[60] Im Arbeiterrat kam die Angelegenheit am 20. Februar zur Sprache. Diesmal wandte sich Landrat Kiepert mit einem Brief an den Arbeiterrat, in dem er feststellte, dass die Einwohner von Gut Rethwisch keine Eier abgeliefert hätten. Weiter heißt es dort: „Dasselbe wird durch namentliche Aufführung nachgewiesen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, der A u SR möge dahin wirken, dass dieselben ihren Verpflichtungen besser nachkommen möchten im Interesse der Volksernährung.“[61] Ob und wie der Arbeiterrat die Rethwischer zur Eierabgabe gebracht hat, wissen wir nicht. Er wird wohl nicht so weit gegangen sein wie der Schellhorner Arbeiterrat unter seinem Vorsitzenden H. Frahm, der sozusagen zum Eierhändler wurde. In einem „Aufruf an die Einwohnerschaft Schellhorns“ vermutete er, „dass in absehbarer Zeit keine Eier zu annehmbaren Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung (mehr) zu haben sind.“ Das liege an der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Eiern durch die Regierung (seit dem 1. April war diese aufgehoben) und an Aufkäufern und Hamsterern, die die Situation ausnutzten. „Für denselben Preis werden die Eier unter Beibehaltung des bisherigen Verteilungssystems der Reihenfolge auf Karten abgegeben. Es gilt zu beweisen, dass die Not des Volkes einem Jeden zu Herzen geht, darum auf ans Werk.“[62]

Auch der Vorsitzende des Kreisbauernrates, Gutsbesitzer Paul Johannßen meldete sich zu Wort. Er begrüßte zunächst die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung, warnte aber davor, dass sie wieder eingeführt werden könnte, wenn die Preise weiter „so hoch und unangemessen“ seien. So richtete er einen dringenden Appell an seine „Berufsgenossen“: „Keiner sollte mehr als 50 Pfennig für ein Ei nehmen, damit auch die minderbemittelte Bevölkerung in der Lage ist, sich Eier zu kaufen. Andererseits sollten aber auch die Konsumenten nicht durch eigenes Überbieten die Preise in die Höhe treiben.“[63] Aus diesen Worten sprach sicher die Sorge um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung und die daraus sich ergebende Unzufriedenheit, aber auch die grundsätzliche Haltung zur Unter-

59 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 21.12.1918.
60 Vgl. Magistratsprotokoll vom 25.2.1919, SAP Nr. 231.
61 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 20.2.1919.
62 Vgl. PZ vom 7.4.1919, der Aufruf wurde schon am 4.4. verfasst.
63 PZ vom 19.4.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 127

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 128

stützung eines sich ganz allmählich wieder entwickelnden freien Marktes, wahrscheinlich war Johannßen selbst Eierproduzent. Für Lieferengpässe und hohe Preise konnte man die Konsumenten wohl als Allerletzte verantwortlich machen! Auf einer Kollegiensitzung Anfang Mai erhielt Bürgermeister Krug jedenfalls den Auftrag, Landrat Kiepert in Plön aufzufordern, die Eiersammelstellen im Kreis Plön wieder einzurichten, „um dem nicht Hühner haltenden Teil der Bevölkerung wieder Eier zukommen zu lassen."[64]

Preise oder Preiskontrolle waren immer Gegenstand der Verhandlungen im Arbeiterrat von Preetz. Zum ersten Mal kamen sie kurz zur Sprache, als es Ende November um die Versorgung mit Holz ging, dann erst wieder im Januar 1919. Am 10. Januar wird ein Brief erwähnt, der „betreffs […] die Herabsetzung der Lebensmittelpreise an die betreffenden Stellen abgegangen" sei. Dies muss ein Brief an die Regierung in Schleswig gewesen sein, denn diese Forderung wird im Zusammenhang mit der Initiative des Arbeiterrates erwähnt, die Anbauflächen für Sommergetreide im Frühjahr 1919 zu erweitern. Diese Eingabe war schon am 19. Dezember beschlossen worden und anscheinend inzwischen abgeschickt worden. „Sodann wird verhandelt über die hohen Preise des Pferdefleisches und wird beschlossen in Plön Beschwerde einzureichen und zugleich den Antrag zu stellen, die Wurst auf 1,40 und 1,80 festzusetzen."[65] Wir wissen nicht, ob die Beschwerde Erfolg hatte, aber Ende Januar wurden tatsächlich Höchstpreise für Pferdefleisch von der Kreisverwaltung bekanntgegeben. Der Preis für gutes Pferdefleisch betrug tatsächlich 1,80 Reichsmark, minderwertiges sollte für höchstens 1,40 Reichsmark abgegeben werden.[66] Aber der Arbeiterrat wollte auch wieder vor Ort tätig werden: „Auch wurde beschlossen bei dem Verkauf von Pferdefleisch bei Struve seitens des Arbeiterrates eine Kontrolle auszuüben, damit nicht die besten Stücke verschwinden."[67] Mit der Eingabe an die Regierung „mit der Maßgabe, dass die Hofbesitzer gezwungen werden, zum Frühjahr mehr Sommergetreide anzubauen als bisher geschehen" hatte der Arbeiterrat zunächst wenig Erfolg. Die Regierung in Schleswig verwies ihn an den Kreis als zuständige Verwaltung. Und so machte der AR, was er schon am 19. Dezember vorgesehen hatte, nämlich „wenn da (bei der Regierung, der Verf.) nicht Folge geleistet wird, an das Kreisernährungsamt zu gehen." Die Frage ist nur, warum er das nicht gleich gemacht hat, vielleicht er sich von den sozialdemokratischen Beigeordneten bei der Schleswiger Regierung, Eduard Adler und Paul Greß, mehr in seinem Sinne versprochen. Dass er die Anbausysteme auf den Gütern rund um Preetz auf diese Weise beeinflussen konnte, zumal die Landbesitzer unter Paul Johannßen inzwischen gut organisiert und unter anderem im Kreistag beziehungsweise Kreisausschuss zu diesem Zeitpunkt noch stark vertreten waren, war doch eher unwahrscheinlich.

Immer wieder kam sowohl im Arbeiterrat als auch in den städtischen Gremien die sogenannte Holzfrage zur Erörterung. Die Versorgung mit Kohle war Ende November, Anfang Dezember 1918 so weit zurückgegangen, dass die „Kohlenstelle" des Magistrats unter

64 Bericht über die Kollegiensitzung vom 7.5.1919 in der PZ, im Protokoll der Sitzung wird dieser Auftrag nicht erwähnt.
65 Protokoll AR Preetz vom 10.1.1919.
66 Vgl. Bekanntmachung vom 31.1.1919, veröffentlicht in der PZ vom 12. 2.1919.
67 Protokoll AR Preetz vom 10.1.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 129

der Überschrift „Brennt Holz!“ die Einwohner aufforderte, sich „rechtzeitig und genügend“ mit Holz aus dem freien Handel einzudecken, „da wir auftretenden Notständen sonst machtlos gegenüber stehen.“ Und weiter: „Die Zechen im Westen können wegen Wagenmangels zurzeit nichts versenden.“[68] In der Bürgerversammlung 14 Tage zuvor hatte Bürgermeister Krug noch beruhigend ausgeführt, dass sich die Kohlenhändler für Monate Bezugsrechte gesichert hätten und in Zukunft eine „bessere Belieferung gewährleistet werden kann.“[69] Am 25. November wurde der Arbeiterrat in Sachen Brennstoffversorgung dann aktiv. „Betreffend der Holzversorgung in (der) Stadt wird beschlossen, vom ASR beim Magistrat einen Antrag einzubringen, um mit dem Kloster dahingehend zu verhandeln, um Holz zu einem angemessenen Preis unter der Hand abzugeben.“[70] Auch im Demobilisierungsausschuss und der Lebensmittelkommission in Plön war die Brennstoffversorgung um diese Zeit auf der Tagesordnung. So berichtete Joseph Tischbein vor dem Arbeiterrat am 28. November: „In der Holzfrage will der Landrat mit den Forstbesitze(rn) des Kreises in Verhandlung treten, um den Insassen des Kreises billiger Feuerungsmaterial zu liefern, es wurde der Vorschlag gemacht, den M(eter) zu 12 Mark und selbst geschlagen (anzubieten, d. Verf.), dieser Preis wurde zu hoch befunden und wird angeregt, auf eine Heruntersetzung des Preises hinzuwirken.“[71] Dieser Antrag war spätestens am 16. Dezember auf der Tagesordnung des Magistrats. Im Magistratsprotokoll lesen wir: „Wegen der Holzangebote vom Klosterhof und Grafen Rantzau-Rastorf wird beschlossen, eine Herabsetzung des Angebots von 12 auf 9 Mark herbeizuführen. Wegen der Ermäßigung der Fuhr- und Schlaglöhne sollen auch Versuche gemacht werden.“[72] Am 16. Dezember hat Joseph Tischbein zum zweiten Mal als Beigeordneter an einer Magistratssitzung teilgenommen und es liegt nahe, dass er den Antrag in die Magistratssitzung eingebracht hat. Am 19. Dezember berichtet dann August Nothdurft, der einzige Sozialdemokrat in den städtischen Gremien zu diesem Zeitpunkt, wiederum dem Arbeiterrat über die „Holzfrage“. Joseph Tischbein würde über das ganze Jahr 1919 hinweg einen besonderen Ehrgeiz bei der Lösung dieser Frage entwickeln. Im SPD-Ortsverein machte er „aufklärende Ausführungen über Kohlen- und Holzversorgung.“[73] Auch die Stadtverwaltung sah sich gezwungen, sich weiter um das Problem zu kümmern. Die SPD hatte offensichtlich inzwischen die Mitarbeit des Konsumvereins angeboten, der eine Liste in seinen Verkaufsräumen in der Bahnhofstraße ausgelegt hatte, in die sich „sämtliche Minderbemittelte“ eintragen und bis zu 4 Raummeter Brennholz erwerben konnten. „Der Konsumverein sorgt für Schlagen und Abfuhren.“ Aber weiter heißt es im Beschluss: „Die Übernahme der Fuhrkosten auf die Stadtkasse wird abgelehnt.“[74] Dieser Beschluss wurde dann auch vier Tage später in der Preetzer Zeitung veröffentlicht. Als Joseph Tischbein am 8. Januar 1919 auf seiner ersten Kollegiensitzung auftrat, war er Berichterstatter gleich aus zwei Gremien. Auf der Liste des Konsumvereins seien bis dahin Bestellung von insgesamt 900 Raummetern

68 Vgl. PZ vom 4.12.1918.
69 Vgl. PZ vom 15.11.1918.
70 Protokoll AR Preetz vom 25.11.1918.
71 Protokoll AR Preetz vom 28.11 1918.
72 Magistratsprotokoll vom 16.12.1918, SAP Nr. 231.
73 Protokoll SPD-Ortsverein vom 28.12.1918.
74 Magistratsprotokoll vom 2.1.1919, SAP Nr. 231.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 130

eingetragen worden, erklärte er dort. Es hatten sich also bis dahin mindestens 225 Haushalte um billiges Holz bemüht. Aber am selben Tag hatte auch eine Zusammenkunft des Demobilisierungsausschusses in Plön stattgefunden, an der er teilgenommen hatte, und er konnte dem Magistrat und den Stadtverordneten berichten, dass dieser neun Reichsmark als Richtpreis für den Raummeter festgesetzt hatte. Allerdings kamen noch vier Reichsmark Schlaglohn je Raummeter dazu.[75]

Die Holzversorgung war im Winter 1918/19 auch deswegen so wichtig, weil es seit Dezember 1918 und insbesondere im Januar und Februar 1919 immer wieder Unterbrechungen der Strom- und Gasversorgung kam, weil die Stadtwerke nicht über genügend Kohlevorräte verfügten. Im folgenden Herbst wurde die Holzfrage wieder akut, so dass sogar eine „Deputation“ unter Führung des Bürgermeisters und mit den Mitgliedern Brodthagen, Steen undTischbein (alle drei Mitglieder der ersten Besetzung des Arbeiterrats vom 13. November 1918 und inzwischen seit März 1919 gewählte Stadtverordnete) zum Oberpräsidenten (seit März der Sozialdemokrat Heinrich Kürbis) geschickt wurde, „um von diesem eine andere Festsetzung der Holzpreise zu ermöglichen“. Wenn diese erfolglos bleibe, solle die Preisermäßigung für Minderbemittelte aus Überschüssen der Sparkasse finanziert werden.[76] Kurz vorher hatte es eine Zusammenkunft der Forstbesitzer und von Vertretern der „Bedarfsgemeinden“ unter der Leitung des Landrates in Preetz gegeben. Dort hatten die Waldbesitzer einen Preis von bis zu 30 Reichsmark für den Raummeter für notwendig erklärt. Alle Preise waren im Zuge der einsetzenden Nachkriegsinflation, wenn sie sich auf dem Markt bilden konnten, gestiegen. In einem Leserbrief zu dieser Veranstaltung rechnete Joseph Tischbein nun vor, dass diese sich einschließlich Schlagen und Transport für die Stadtbevölkerung auf insgesamt 60 Reichsmark pro Festmeter belaufen würden. „Es wurde den Herren auch gesagt, dass, wenn die Bevölkerung kein Holz zu annehmbaren Preisen geliefert bekommt, sie eventuell zur Selbsthilfe schreiten wird und sich das Holz da holt, wo es wächst“, schrieb Tischbein in seinem „Eingesandt“. Nach den Verhandlungen senkten die Verkäufer die Preise um zwischen ein und vier Reichsmark. Damit waren die Stadt- und Gemeindevertreter aber keineswegs zufrieden und gaben ihre Zustimmung nur unter dem Vorbehalt, dass die jeweiligen Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen zustimmten. „Wenn man diese Preise liest, so wird man sich sagen, wie ist es möglich, dass man solche Preise zahlen muss in einem waldreichen Kreis“, fuhr Tischbein fort und wies darauf hin, dass die Forstbesitzer zumeist auch Landwirte seien und unter anderem an den gestiegenen Hafer-, Milch-, Butter- und Kartoffelpreisen verdienten. Auf diesen Leserbrief antwortete vierzehn Tage später Graf Reventlow-Wittenberg als Vorsitzender des „Verbandes der Schleswig-Holsteinischen Waldbesitzer“ unter der Überschrift „Erwiderung auf das Eingesandt des Herrn Tischbein in der Preetzer Zeitung: ‘Kohlenknappheit und teures Holz’”. Zunächst be-

75 Vgl. Bericht von der Kollegiensitzung vom 8.1. 1919, SAP Nr. 241, PZ vom 9.1.1919.

76 Vgl. Magistratsprotokoll vom 8.10.1919, SAP Nr. 231.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 131

tonte er, dass die Waldbesitzer bereit seien, den Holzeinschlag um mehr als die von der Regierung geforderten 33 1/3 Prozent zu steigern, auf Auktionen sei ein noch höherer Preis als die ursprünglich geforderten 30 Reichsmark zu erzielen gewesen, die durchschnittliche Inflationsrate habe im Vergleich zur Vorkriegszeit eine Vervierfachung der Preise gebracht, der von einigen größeren Gemeinden geforderte Preis laufe auf eine Besteuerung von 50 Prozent hinaus. „Wenn die minderbemittelte Bevölkerung nicht in der Lage ist, für Brennholz den angemessenen Preis zu bezahlen, so lässt sich wohl die Meinung vertreten, dass es Sache der Gemeinden ist, ihnen zu helfen und, wenn sie das nicht können, die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen […] Ich muss aber nachdrücklich bestreiten, dass es Pflicht der Waldbesitzer ist, die Kosten zu tragen, die aus der Brennholzversorgung der minderbemittelten Bevölkerung ihnen fremder Gemeinden erwachsen.“ Auf die Andeutung Joseph Tischbeins, dass sich einige Leute aus Verzweiflung im Wald selbst bedienen könnten, antwortete Graf Reventlow: „Es wäre immerhin möglich, dass unverständige Leute die Äußerungen (Tischbeins, d. Verf.) missverständen und versuchten, sich rechtswidrig und sogar mit Gewalt Holz anzueignen. Solche Vorkommnisse wären aufs Höchste zu bedauern, da notwendig und mit Recht der Gewalt Gewalt entgegengesetzt werden würde.“ Zum Schluss schrieb er, was er von Joseph Tischbein erwartete: „Ein Mann wie Herr Tischbein würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er seinerseits die Bevölkerung beruhigte durch den Hinweis, dass nach Kräften Holz geschlagen werde und dass der Staat in letzter Linie ohne Zweifel bereit sein werde, den Unterschied zwischen den angemessenen Holzpreisen und dem, was die Minderbemittelten leisten können, auszugleichen.“[77]

Arbeiterrat und Bauernräte. Am 2. Dezember wurde dem Arbeiterrat mitgeteilt, „dass sich Kreis ABR (Arbeiter- und Bauernrat, d. Verf.) gebildet und dessen Vorsitzender Gutsbesitzer Johannßen ist.“ Das hat den Arbeiterrat offensichtlich etwas aufgeschreckt und deshalb wurde „angeregt, mit dem Kreis AR (Arbeiterrat, d. Verf.) in Fühlung zu treten, um über ihre (sic !) Tätigkeit immer auf dem Laufenden zu sein, dieses soll befolgt werden“.[78] Wie konnte es dazu kommen, dass in diesen „revolutionären“ Zeiten ein Gutsbesitzer sogar an die Spitze des Kreis-Arbeiter-und Bauernrates gelangen konnte? Um diese Zeit verstärkte die Sozialdemokratie die sogenannte Landagitation, die sie lange vernachlässigt hatte, und ihr Landarbeiterverband warb um Mitglieder.[79] Auch die Preetzer Sozialdemokraten, allen voran Joseph Tischbein, beteiligten sich an diesen Werbeveranstaltungen, die häufig mit dem Aufbau eines Rätesystems auf dem Lande verbunden wurden. So meldete die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung am 3. Dezember unter der Überschrift: „Auch auf dem Lande geht es vorwärts“: „So fand in diesen Tagen in Lepahn im Anschluss an die Wahl eines Arbeiter- und Bauernrates eine Versammlung statt. Die Genossen Tischbein und Nothdurft, Preetz, sprachen über die politische Lage und die Ziele des Landarbeiterverbandes.

77 Alle Zitate nach PZ vom 4.10. und 18.10.1919.
78 Protokoll AR Preetz vom 1.12.1918.
79 Vgl. auch Protokoll SPD-Ortsverein Preetz vom 28.12.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 132

Der Erfolg waren 17 Aufnahmen für den Landarbeiterverband. – Am Sonntag fand in Preetz eine Versammlung statt, in der Genosse Hansen über die Landarbeiterverhältnisse sprach. Hier ließen sich 73 Landarbeiter in ihre Organisation aufnehmen."[80] Ähnliche Versammlungen gab es unter anderem auch in Lebrade und Meinsdorf.[81] Ende Dezember 1918 wurde endlich von der Regierung unter Federführung der Beigeordneten eine „Ordnung der Bauernorganisation für Schleswig Holstein" herausgegeben, die sich auf schon länger bekannte Vorgaben aus Berlin stützte und die von Staatssekretär Wurm schon am 22. November veröffentlicht worden waren. Dort hieß es unter Paragraph 2: „Die örtlichen Bauernausschüsse werden […] unter Anwendung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlverfahrens von allen mehr als 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen des Ortes oder Teiles einer großen Landgemeinde so gewählt, dass sie mindestens 6 Mitglieder und stets gleichviel aus jeder Gruppe (Bauern bzw. Landarbeiter, d. Verf) umfassen" und unter Paragraph 6: „ Berechtigt zur Entsendung von Delegierten in die Kreisversammlungen sind nur örtliche Ausschüsse, welche von den Beigeordneten der provisorischen Regierung nach Prüfung des eingesandten Wahlprotokolls anerkannt wurden. […] Die Wahlprotokolle sind dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte des Kreises zur Vorprüfung und Weitergabe an die Beigeordneten beim Regierungs-Präsidenten zu übersenden."[82] Die zentrale Aufgabe der Bauernräte wurde dann benannt: „Der Arbeitsausschuss der Bauernräte für Schleswig-Holstein arbeitet als oberste Spitze der Bauernorganisation, als Glied im Apparate der Demobilisierung und in dem des Ernährungswesens unter Benutzung der Einrichtung der Landwirtschaftskammer und in enger Fühlung mit dem Landwirtschaftskommissar. Dieser oder eine von ihm beauftragt Person hat allen Sitzungen des Ausschusses mit beratender Stimme, jedoch mit dem Rechte des Beigeordneten auf Veto und Initiative, beizuwohnen. Der Landwirtschaftskammer steht ebenfalls das Recht zu, einen Beisitzer zu den Sitzungen des Ausschusses zu entsenden, der in allen den Apparat der Landwirtschaftskammer angehenden Fragen beratende Stimme hat."[83]

Das bedeutete natürlich, dass die Landwirtschaftskammer auf die Ernährungskommission und den Ernährungskommissar mindestens genauso viel Einfluss hatte wie die Arbeitnehmervertreter im obersten Bauernrat. Nicht alle Arbeiter- und Bauernräte waren nach diesen Vorschriften gewählt worden, aber damit gingen die Beigeordneten relativ großzügig um[84]; nur in Zukunft sollte diese Ordnung „streng" beachtet werden. Eine sehr genaue Wahlordnung galt in Neumühlen-Dietrichsdorf. Die Wahlen wurden getrennt nach beiden Gruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführt. Es galt das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen über 20 Jahre, man hatte hier drei Stimmen und musste sich zum Beispiel mit der Lebensmittelausweiskarte ausweisen. Nur wenn nicht genügend „geeignete Landarbeiter" als Kandidaten zur Verfügung stünden, sollte auf „Angehörige der nichtlandwirtschaft-

80 SHVZ vom 5.12 1918.
81 Vgl. PlZ vom 3.12.1918.
82 Zitiert n. Amtsblatt der Regierung zu Schleswig 1918, Stück 55, Nr. 993b, S. 406, vom 28.12.1918.
83 Ebenda.
84 Nach der „Ordnung der Bauernorganisation" durften Wohlfahrtsausschüsse des Kreises nicht einfach durch Zuwahl in Bauernräte umgewandelt werden. Landräte hatten nicht das Recht, die Räte zu bestätigen. Vgl. Wiedergabe der Verfügung von Eduard Adler in PZ und SHVZ, jeweils vom 11.12.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 133

lichen Bevölkerung“ zurückgegriffen werden. Industriearbeiter wurden in dieser stark industriell geprägten, aber noch nicht nach Kiel eingemeindeten Kommune von der Wahl ausgeschlossen.[85] Die Aufgaben der Bauernräte sollten allerdings von vornherein eher wirtschaftlicher Natur sein. Der „Kriegsausschuss der deutschen Landwirtschaft“ hatte sich zu deren Aufgaben schon am 11. November geäußert. „Es ist jetzt oberste Pflicht aller Behörden wie aller Teile der Bevölkerung, unsere Ernährungswirtschaft im Interesse des Volksganzen in vollstem Umfange aufrechtzuerhalten. Jede Störung der Ordnung auf dem Lande muss mit allen Mitteln verhindert werden. Soll die Landwirtschaft lieferfähig bleiben, so muss die Sicherung ihrer Betriebe voll gewährleistet werden […] sie kann aber nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn auch die Landwirtschaft selbst durch sofortige Bildung von Orts- und Gemeindeausschüssen für den nötigen Schutz ihrer Betriebe und der geregelten Lieferung sowie für die tatkräftige Abwehr aller eigenmächtigen Eingriffe in dieselben sorgt. […] Sie müssen getragen sein von dem Vertrauen aller ländlichen Kreise, sie dienen keiner Sonderorganisation und treten außer Wirksamkeit, sobald die derzeitige Notlage beseitigt ist. […] Die Orts- oder Gemeindeausschüsse haben bei der ausgiebigen Erfassung der für die Gesamtheit erforderlichen Lebensmittel, wie besonders auch bei der nachdrücklichen Bekämpfung des unheilvollen Schleichhandels (i.O.h.) mitzuwirken. […] Sie sollen gleichzeitig eine Hilfsorganisation bilden zum Schutze der Personen und zur Sicherung des Eigentums. […] Bei der Begründung dieser Ausschüsse wird man sich selbstverständlich, soweit die Arbeitgeber in Frage kommen, in erster Linie mit an diejenigen Männer zu halten haben, die jetzt schon in den landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere in den Genossenschaften und landwirtschaftlichen Vereinen tätig sind. Die Heranziehung der Vertreter aus den Arbeitnehmerkreisen wird am besten diesen selbst zu überlassen sein, um den Anschein zu vermeiden, als ob von Seiten der Arbeitgeber ein unzulässiger Einfluss hierbei ausgeübt werden könnte.“[86]

Ein A. Arnstadt legte dann am 26. November in der Plöner Zeitung noch einmal nach: Die Bauernräte sollten Zwangsmaßnahmen bei der Lebensmittelbeschaffung verhindern, in der Regierung vertreten sein und die Verbindung zu den Kommunen sollte „frei von allen bureaukratischen Fesseln“ ausgebaut werden. Und er schließt mit einem Aufruf: „Organisiert euch in den Bauernräten, sorgt dafür, dass die Landwirtschaft Einfluss bekommt, ihr nützt dadurch der Volksernährung und dem Vaterlande.“[87] Auf dem ersten „Bauern-Parlament“, dem Delegiertentreffen der Vollzugsausschüsse der Bauernräte, hielt Eduard Adler als Beigeordneter eine programmatische Rede. Zunächst hob er hervor: „Die politische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte stützt sich in landwirtschaftlichen Angelegenheiten auf die Bauernorganisationen und deren Ratschläge.“ Damit konnten neben den Bauernräten auch die Landwirtschaftskammer oder Standesorganisationen wie der Bund der Landwirte gemeint sein. Anschließend betonte er dann die wirtschaftlichen Aufgaben

85 Vgl. SHVZ vom 14.12.1918.
86 Zitiert nach PIZ vom 14.11.1918.
87 PIZ vom 26.11.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 134

aller angesprochenen Organisationen: „Die Belebung des Apparates der Volksversorgung, Erfassung der Produkte des Landes, Versorgung der Landwirtschaft mit Rohstoffen, Förderung der Produktion. […] Der neue Staatskörper muss reibungslos schaffen, größte Werte erzeugen - unter Vermeidung aller Verschwendung.“ Die Voraussetzung für diese Arbeit sei jetzt gegeben. In Verkennung der wirklichen Machtverhältnisse auf dem Lande fügte er hinzu: „Die Sozialisierung in der Landwirtschaft ist praktisch geschehen […] Die Arbeiter eroberten die politische Macht, brachen die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Bureaukratie.“ Ernährungskommissar Schulz sprang ihm in dieser Hinsicht bei: „Die neuen Regierungsstellen werden die Landwirtschaft nach Kräften unterstützen, aber Grund und Boden muss so ertragfähig wie möglich gemacht werden.“ Folgerichtig ging er davon aus, dass die Einführung des Achtstundentages in der Landwirtschaft „in absehbarer Zeit“ nicht möglich sei, höchstens eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Gegenüber der Sicherung der Versorgung mit Lebensmitteln mussten die Ziele, die im weitesten Sinne mit Sozialisierung oder Bodenreform in der Landwirtschaft zu tun hatten, zurücktreten. Sie wurden von Eduard Adler unter dem Motto „Freie Bauern und Gemeindehoheit über die Landwirtschaft“ in einer knappen Aufzählung zusammengestellt: „Bildung von Genossenschaften zum Saat- und Düngerbezuge und -verteilung, Beschaffung von Maschinen, Lösung von Siedlungsfragen, die Parzellierung, Anlage von Bauernstellen und Kriegerheimstellen, landwirtschaftlicher Gemeindebetrieb nicht parzellierter Ländereien, Entwicklung der Viehzucht […].“ Kein Wunder, dass in der Aussprache der Vorsitzende des Plöner Kreisbauernrates, Paul Johannßen, antworten konnte, dass die von Adler dargelegten Ziele schon seit jeher in den landwirtschaftlichen Vereinen verfolgt worden seien.“ Einig waren sich die Debattenredner alle in der Ablehnung des Achtstundentages und der Kontrolle der Ablieferungen durch die Regierung. Ebenso wurde die Kontrolle durch die Beiräte auf lokaler Ebene als überflüssig bezeichnet. Kommissar Schulz zeigte sich über die Debatte enttäuscht, insbesondere „vermisse er die Zusage der Landwirte, künftig mit ihren Arbeitern zusammenarbeiten zu wollen“, um mit der Zweckbestimmung der Zusammenarbeit zu schließen: „Besserung in der Lebensmittelablieferung kann nur durch Aufklärung und gemeinsame Arbeit der paritätischen Bauernräte erzielt werden.“ Seltsam mutet vor allem das Schlusswort von Eduard Adler an, der stolz darauf war, dass Schleswig-Holstein als erste Provinz einen Obersten Bauernrat gewählt hatte, und der sich wünschte, dass dieser „auch fernerhin eine führende Stellung auf dem Gebiete der Bauernbewegung einnehmen möge.“[88] Adler hatte eben eine eigene Vorstellung von Bauerbewegung. Zum Vorsitzenden des Obersten Bauernrates wurde auf einer Sitzung Ende Januar 1919 Hofbesitzer Lüdemann aus Löptin gewählt. In den Kreisbauern- und Landarbeiterrat wurden am 2. Dezember je fünf Vertreter der Landbesitzer (Johannßen, Jessien, Lüdemann, Schröder und Werlein) und der Landarbeiter (Kühlbandner,

88 Alle Zitate nach SHVZ vom 15. 1.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 135

Amelung, Löhrmann, Petersen und Reimers) entsandt. Vorstandsvorsitzender wurde Gutsbesitzer Johannßen, Sophienhof, sein Stellvertreter der Landarbeiter Kühlbandner aus Brodersdorf.[89]

Gutsbesitzer Johannßen wurde aber auch aktiv, um die Arbeitgeberseite zu organisieren. Für den 13. Dezember rief er nach Preetz zur Gründung eines landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes auf. In den Vorstand dieses Verbandes wurden neben anderen auch Graf Bülow, Kühren, gewählt sowie die beiden Arbeitgebervertreter Johannßen und Lüdemann aus dem Bauernrat. Über die Tätigkeit des Kreisbauernrates ist wenig in Erfahrung zu bringen, aber seine Mitglieder auf Arbeitgeberseite nahmen Einfluss in vielen anderen Gremien. Ganz früh begannen im Kreis Plön jetzt Tarifverhandlungen für die Landwirtschaft auf höchster Ebene. Auch im Demobilisierungsausschuss war „Die Lohnfrage für landwirtschaftliche Arbeiter“ am 8. Januar 1919 Gegenstand der Beratungen und er legte fest, „dass als Jahreseinkommen für den landwirtschaftlichen vollwertigen verheirateten Arbeiter die Summe von 1800 Mark (achtzehnhundert Mark) anzusetzen ist.“ Der Beschluss, der als „Richtlinien für die Lohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter“ veröffentlicht wurde, brachte also einen Tageslohn von etwa sechs Reichsmark. Dann kam die entscheidende Einschränkung: „Werden aber Naturalien geliefert (Entlohnung mindestens teilweise durch sogenannte Deputate waren auf den Gütern gang und gäbe, der Verf.), so bleibt die Regelung der Sätze für dieselben den einzelnen landwirtschaftlichen Arbeitgebern mit ihren Arbeitnehmern überlassen.“[90]

Schon am 3. Januar hatte eine Besprechung zwischen Vertretern der Landwirtschaftskammer sowie Vertretern des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes stattgefunden, auf der vereinbart wurde, die Löhne kreisweise auszuhandeln. Die Gauleiter Löhrke und Hansen des Verbandes erklärten sich bereit, an allen Verhandlungen auf Kreisebene teilzunehmen. Einmütig soll die „Kommission“ den Wunsch geäußert haben, „dass die Soldaten- und Arbeiterräte in die Lohnverhältnisse auf dem Lande nicht eingreifen, sondern diese den organisierten Arbeitgebern und Arbeitern überlassen möchten.“[91] Am 5. Februar 1919 wurde der erste Tarifvertrag für den Kreis Plön in der Landwirtschaft, unterzeichnet von Paul Johannßen für die Arbeitgeber und von Gauleiter Paul Lörke, Hamburg, für den Landarbeiterverband, abgeschlossen.[92]

Am 13. Januar fand unter Vorsitz von Eduard Adler in Kiel eine Versammlung der Vollzugsräte der Kreisbauernräte zwecks Wahl der obersten Bauernräte und der Organisation der Landwirtschaft. Adler betonte in seiner Rede dort, dass die Räteorganisation nur vorläufig sei und „nur erhalten und aufgebaut werden solle, bis die Nationalversammlung das Weitere beschließe”. Diejenigen, die die Arbeit leisteten, „sollten die Säulen des Staates sein und deshalb wolle man die Landwirtschaft frei organisieren. […] Mit der Landwirtschaftskammer werde man, sobald sie nicht den Herrn hervorkehre, gut zusammenarbeiten.“ Der neu ernannte sozialdemokratische Le-

89 Vgl. PZ vom 17.12.1918.
90 Vgl. PZ vom 11.1.1919, Bericht und Bekanntmachung.
91 Ebenda.
92 Abgedruckt bei Rainer Paetau, Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988, S. 276/7.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 136

bensmittelkommissar Schulz beruhigte, dass an die Einführung des Achtstundentages auf dem Lande nicht gedacht werden könne, „aber möglich wäre es, den Dienst der Arbeiter auf dem Lande zu erleichtern.“[93] So wurde im Tarifvertrag vom 5. Februar der Achtstundentag auch nur für die Monate November bis Januar festgelegt, ansonsten mussten trotz Tarifvertrag auf dem Lande neun oder zehn Stunden am Tag gearbeitet werden. Die Deputatleistungen, dazu gehörte zum Beispiel auch das Nutzungsrecht an der Wohnung, wurden geldwertig fixiert, der freie Arztbesuch für die nicht versicherten Familienmitglieder wurde mit jährlich 50 Reichsmark angesetzt. Der Jahreslohn von mindestens 1800 Reichsmark wurde bestätigt, aber die „Löhne der Frauen bei der Feldarbeit“ wurden lediglich mit 25 Pfennig pro Stunde festgelegt. Streitigkeiten sollten in einem paritätisch besetzten, mit einem neutralen Vorsitzenden aus sieben Mitgliedern bestehenden Schiedsausschuss behandelt werden.[94] Diese Vereinbarung und diese relativ defensive Haltung von SPD und Landarbeiterverband waren offenbar Ausfluss einer informellen Arbeitsgemeinschaft zwischen DLV und Landwirtschaftskammer von Ende 1918, die ihr Vorbild in der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 15. November für die Industrie hatte.[95]

Das Jahr 1919 blieb noch relativ frei von Streiks auf dem Lande, aber sie waren schon im August 1919 als Thema auf der Tagesordnung der Provinz-Bauernräte unter der Leitung von Lüdemann. Der besonders von den Landbesitzern angegriffene und in seiner Legitimation in Frage gestellte Ernährungskommissar Schulz versuchte an dem Zusammenwirken von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern festzuhalten: „Die Ernte dürfe unter keinen Umständen gefährdet werden, was sich bei gutem Willen, und wenn die Arbeiter die Einwirkung unverantwortlicher Ratgeber aus ganz linksradikalen Kreisen zurückweisen würden, auch erreichen lasse.“ Das Gerücht, dass die Landwirte in einen Lieferboykott eintreten könnten, der durchaus beim Bund der Landwirte diskutiert worden war, wurde zurückgewiesen, die Landbesitzer forderten aber eine Herabsetzung der Vermögensabgabe und eine bessere Düngerverteilung. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit der Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die „Bodenfrage“ und die „Frage der Heimstätten für Krieger“ wurde offensichtlich ein weiteres Mal nur noch am Rande gestreift.[96]

Im April 1920, nach dem Kapp-Putsch, als sich der Bund Deutscher Landwirte und die Landwirtschaftskammer vorschnell durch Loyalitätserklärungen desavouiert hatten und deshalb sehr zurückhaltend agierten, kam es relativ schnell zu neuen Tarifabschlüssen. Die Diskrepanz zwischen der Teuerung, die im Kreis Plön schon Anfang 1919 in der Diskussion war[97], und den von der Reichsregierung festgelegten Agrarpreisen geriet immer mehr in ein Spannungsverhältnis und die landwirtschaftlichen Arbeitgeber versuchten ab 1921 viele Zugeständnisse aus dem Jahr zuvor wieder rückgängig zu machen, so dass Landarbeiterstreiks landesweit zunahmen. Und nicht immer war der DLV an der Seite der Streikenden.[98] So sahen

93 Zitiert nach PlZ vom 15.1.1919.
94 Angaben nach abgedrucktem Text in: Paetau, Konfrontation oder Kooperation, S. 276/7.
95 Vgl. ebenda, S. 274f.
96 Alle Zitate aus PZ vom 4.8.1919.
97 Vgl. PZ vom 26.2.1919.
98 Vgl. Paetau, Konfrontation oder Kooperation, S. 278f.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 137

die Landarbeiter „in der Tarifpolitik offenbar weithin ein Antichambrieren der DLV-Gewerkschaftsführer bei den landwirtschaftlichen Arbeitgebern.“[99]

Organisation und Finanzen. Knapp vierzehn Tage nach der Erweiterung des Arbeiterrates auf zehn Mitglieder mit Joseph Tischbein als Vorsitzendem an der Spitze kam es zu einer Restrukturierung des Rates. Er besaß jetzt einen Vorstand mit „Steffens als Kassierer und Steen als Revisor.“[100] Nachdem die Frage der Finanzierung der Arbeit des Arbeiterrates noch am 18. November zurückgestellt worden war und man auf die Anwesenheit von August Nothdurft warten wollte,[101] war diese jetzt wohl dringlich geworden. Der Finanzierungsanspruch war auch ganz legitim, seit die preußische Regierung am 16. November per Verordnung diese Finanzierung zugesagt hatte. Nach dieser Verordnung „ist den Räten für ihre Mühewaltung eine angemessene Entschädigung von der Stelle zu zahlen, bei welcher der Rat seine Tätigkeit ausübt“, wie es in den entsprechenden Richtlinien der provisorischen Regierung und ihrer Beigeordneten hieß. Die Berechnungsgrundlage für die Entschädigung war danach der entgangene Arbeitsverdienst, eine angemessene Aufwandsentschädigung, sächliche Ausgaben[102] und sogenannte unvorhergesehene Ausgaben.[103] Schon am 18. November hatte Adler auf entsprechende Anfragen aus den Räten geantwortet: „Die Zivilstellen, denen ein Beauftragter eines Arbeiter- und Soldatenrates beigeordnet ist, haben die Mittel für angemessene Diäten und die Unkosten des Betriebes zu gewähren.“ Dabei empfehle sich „sparsame Wirtschaft“, denn man müsse, fügte er noch hinzu, mit einer Kontrolle durch die Oberrechnungskammer rechnen, weshalb auch genau Buch geführt werden müsse.[104] Ein derartiger detaillierter Etat ist uns für Preetz, im Gegensatz zu Neumünster[105], leider nicht überliefert. Es hat sich bisher auch kein Hinweis gefunden, dass er vom Magistrat oder dem Bürgermeister eingefordert worden wäre. „Um die Entschädigung des AR und sonstige Ausgaben erledigen zu können, wird beschlossen bei der Stadt einen Vorschuss von 500 Mark zu beantragen. Als Entschädigung für den Beigeordneten des Bürgermeisters wird 50 Mk die Woche festgesetzt.“, lautet die Eintragung vom 25.11. 1918.[106]

Nur einmal war der Etat des Arbeiterrats Diskussionsgegenstand auf einer Sitzung. Jedenfalls wurde ein „Nachschlag“ von 300 Reichsmark bei der Stadt beantragt.[107] Um dem Vorwurf der Verschwendung von Steuergeldern entgegenzutreten, veröffentlichte „Der Volksrat“, das Organ des zentralen Vollzugsrats der Arbeiterräte der Provinz Schleswig-Holstein, die Etats aller Arbeiterräte, die er erfassen konnte.[108] Danach wurden für den Preetzer Arbeiterrat vom November 1918 bis einschließlich März 1919 1800 Reichsmark genehmigt und wahrscheinlich auch ausgezahlt, keine große Summe für die Tätigkeiten von mindestens zehn aktiven Mitgliedern. Ob er, wenn er noch weiter getagt hat, ab April 1919 noch Zuwendungen erhalten hat, wissen wir nicht. Der Arbeiterrat Preetz gehörte nicht

99 Ebenda S. 285.
100 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 25.11.1918.
101 Ob er am 25. November anwesend war, lässt sich leider nicht feststellen, weil im Protokoll keine Anwesenheitslisten über die Sitzungen geführt wurden.
102 Gemeint waren vor allem Büromaterialien und Informationsmaterial wie etwa Zeitungen.
103 Vgl. Text der „Richtlinien für die Entschädigung und die Ausgaben der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in der Provinz Schleswig-Holstein“, abgedruckt in: Amtsblatt 1918, Stück 54, 21.12.1918, Nr. 969, S. 394.
104 Vgl. SHVZ vom 18.1.1918.
105 Vgl. entsprechende Aufstellungen, die an die Beigeordneten nach Schleswig eingereicht wurden, STA Neumünster Nr. 2811 (Arbeiter- und Soldatenrat).
106 Protokoll AR Preetz vom 25.11.1918.
107 Vgl. Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 6.12. 1918.
108 Vgl. Der Volksrat Nr. 6, 3.7.1919, S. 6.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 138

zu den „teuren“ Arbeiterräten, denn für den gleichen Zeitraum wurden dem Kronshagener oder dem in Neumühlen-Dietrichsdorf 3000 Reichsmark genehmigt.[109] Im Übrigen wurde die Entschädigung für den Beigeordneten schon am 2.12. auf nur noch 40 RM pro Woche gesenkt.[110] Ganz selbstverständlich wurden die Ausgaben für den Arbeiterrat in den Stadtetat für 1919/20 eingestellt. Der entsprechende Etatposten wurde dabei auch mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit „in Einnahme und Ausgabe angenommen“[111], aber ganz glatt ging die Verabschiedung nicht; die Preetzer Zeitung berichtet: „Beim Titel ‘Allgemeine Verwaltung’ entspinnt sich eine längere Debatte. Stadtverordneter Tischbein gibt hierzu die nötigen Aufklärungen, womit sich die Kollegien zufrieden geben.“[112]

Auch organisatorisch tat sich Anfang Dezember einiges im Arbeiterrat, er wurde weiter „professionalisiert“. Joseph Tischbein übernahm endgültig die Funktion des Beigeordneten beim Bürgermeister, die er bis dahin als Stellvertreter für August Nothdurft ausgeübt hatte. Das Arbeiteratsprotokoll verrät uns auch die Begründung für die Umgruppierung: „Da die laufenden Arbeiten des AR und der politischen Bewegung in dieser Zeit nicht mehr so nebenbei bewältigt werden können, wird angeregt, eine andere Regelung vorzunehmen und den Genossen Tischbein als Beigeordneten zu wählen, der dann die ganze Sache zu leiten hätte […]”[113] Diese Wahl wurde auch nach Schleswig gemeldet, so dass er von den Beigeordneten dort offiziell bestätigt werden konnte und entsprechende Vollmachten erhielt.[114] Neben seiner Mitgliedschaft im Demobilisierungsausschuss und in verschiedenen Kommissionen des Arbeiterrates vereinigte Tischbein nun schon die drei Ämter des SPD-Ortsvorsitzenden, des Arbeiterratsvorsitzenden sowie des Beigeordneten bei der Stadtverwaltung in seiner Person. Wir wissen nicht, wie sich diese Belastung auf seine Erwerbsarbeit oder seine Familie ausgewirkt hat, immerhin hatte er zu diesem Zeitpunkt sechs Kinder, aber er muss angesichts der Tagungsfrequenz des AR sowie der dokumentierten Auftritte in dieser Zeit ein immenses Arbeitspensum bewältigt haben.

Auf derselben Sitzung des AR, auf der Joseph Tischbein als Beigeordneter bestätigt wurde, wurde „mithgeteilt, dass nächsten Sonntag eine Kreiskonferenz der ASR hier in Preetz stattfindet“.[115] Bis dahin hatte es keinen Kreis-Arbeiter- und Soldatenrat in Plön gegeben, der eine Legitimation für die Kontrolle der Kreisverwaltung durch einen Vollzugausschuss oder einen Beigeordneten bei der Kreisverwaltung darstellen konnte. Auch Landrat Max Kiepert wurde zu dieser konstituierenden Sitzung des Kreis-ASR eingeladen. Er schildert seinen Auftritt, den er, nach eigenen Angaben, von einer „anständigen Behandlung und parlamentarischer Verhandlung“ abhängig machte, in seinem (1935 veröffentlichten) Buch so: „Ich musste zunächst an einem neutralen Orte warten, da über mein Verlangen gestritten und abgestimmt wurde.“[116] Danach wurde er in das Tagungslokal, Gasthaus Götting in der Gasstraße, gebracht. Vor 80 Vertretern der Kreis-Arbeiter- und Soldatenräte, die ihn „mehr oder

109 Vgl. ebenda.
110 Protokoll AR Preetz, Sitzungsbeschluss vom 2.12.1918.
111 Kollegienprotokoll vom 12.3.1919, SAP Nr. 241.
112 PZ vom 13.3.1919.
113 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 2.12.1918.
114 Ebenda.
115 Ebenda.
116 Max Kiepert, Die Arbeit des Landrats, Berlin 1935, S. 53.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 139

weniger misstrauisch anblickten", habe er dann sein „Programm" entwickeln können. Die Preetzer Zeitung spricht nur von 47 Vertretern aus Elmschenhagen, Raisdorf, Klausdorf, Laboe, Lütjenburg, Depenau, Wankendorf, Stolpe, Wakendorf, Schellhorn, Plön und Preetz.[117] Joseph Tischbein berichtete dann von der Konferenz der schleswig-holsteinischen Arbeiter- und Soldatenräte, die kurz vorher in Neumünster stattgefunden hatte und auf der er den Preetzer Arbeiterrat vertreten hatte.[118] Dabei erläuterte er die Richtlinien für die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, die dort beschlossen worden waren, nachdem sie als Entwurf schon am 10. Dezember in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung veröffentlicht worden waren.[119] Es wurde ein achtköpfiger Vorstand gewählt (Lauritzen, Plön; Dostal, Klausdorf; Tischbein, Preetz; Moordhorst, Elmschenhagen; Göttsch, Laboe; Staak, Lütjenburg; Bustorf, Raisdorf; Horst, Stolpe, und Domdei, Wankendorf). Der Kreis-Soldatenrat sollte zwei Sitze erhalten.[120] Nachdem der Beigeordnete Lauritzen aus Plön noch Erläuterungen zu den Nationalversammlungswahlen, die ja inzwischen mit dem allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen beschlossen worden waren, gegeben hatte, scheint Landrat Kiepert den Rest der Konferenz bestritten zu haben. Er führte aus, „dass es leider ein großer Fehler des alten Systems gewesen sei, dass die arbeitenden Klassen nicht schon früher viel mehr zur Mitarbeit herangezogen (worden, d. Verf.) wären, wobei er ausdrücklich betonte, dass er diesen Standpunkt auch schon vor der Revolution vertreten habe".[121] Dann erklärte er den Arbeiterratsvertretern, dass es ihm gelungen sei, „den Kreis in eine höhere Klasse zu bekommen, so dass sich die Verpflegung des Kreises in Zukunft etwas günstiger gestalten" werde. Es müsse versucht werden, „die Steuer noch mehr in gerechter Weise auszugleichen". Und er gab bekannt, welche Maßnahmen der Kreis in sozialer Hinsicht plante: Veteranenbeihilfen, Beihilfen für Kriegsbeschädigte, Warteschulen, die Einführung des Kreisarbeitsnachweises und Maßnahmen zur Arbeiteransiedlung. Die Waldbesitzer seien bereit, Holz zu günstigen Preisen an Minderbemittelte abzugeben und er erwartete, dass bald der „Landarbeiterstand sich wieder nur aus ansässigen deutschen Arbeitern zusammensetzen" würde. Am Schluss warb er „um Mitarbeit und Vertrauen".[122] Wenn man den Berichten von der Konferenz Glauben schenken darf, ist niemand auf die Idee gekommen, über sein Verbleiben im Amt zu diskutieren, die Kontrolle durch den neu zu bestimmenden Beigeordneten schien völlig ausreichend zu sein, niemandem wurde aber wohl auch die Kompetenz zugetraut, ihn in seinem Amt zu ersetzen. Manche haben ihm vielleicht ja auch abgenommen, dass er die Notwendigkeit der Beteiligung der Arbeiterschaft an der Kommunal- und Kreisverwaltung eingesehen hat.

Die Bildung des Kreisarbeiter- und Soldatenrats hatte sich unmittelbar an den zentralen Arbeiter- und Soldatenratskongress in Neumünster angeschlossen. Joseph Tischbein war übrigens für die Kongressteilnahme in Neumünster vom Preetzer Arbeiterrat mit Fahrgeld und 15 Reichsmark Diäten ausgestattet worden.[123] Am 12.

117 Vgl. PZ vom 16.12.1918.
118 Er war am 6.12. zum Delegierten bestimmt worden; die Konferenz sollte ursprünglich am 8.12. beginnen, wurde dann aber auf den 12.12. verschoben, wahrscheinlich weil die Beratung über die Richtlinien noch nicht beendet worden war.
119 Vgl. SHVZ vom 10.12.1918.
120 Die Adresse und damit der Sitz des Kreisarbeiter- und Soldatenrates lautete: J. Tischbein, Preetz, Meckendorfstr. [muss heißen: Wakendorfer Str., der Verf.] 12, vgl. Der Volksrat Nr.9, 24.7.1919, S. 8.
121 PZ vom 16.12.1918.
122 PZ vom 16.12.1918.
123 Vgl. Protokoll AR Preetz vom 6.12. und 9.12.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 140

Beamte und Beamtinnen

schließt euch zusammen!

Zwecks Gründung einer Vereinigung für Preetz und die umliegenden Ortschaften werden **alle** Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privat-Beamte und Beamtinnen, Lehrer und Lehrerinnen, Altpensionäre sowie alle ihnen gleichzustellende durch Dienstvertrag Angestellte beiderlei Geschlechts mit ihren nach dem neuen Wahlrecht stimmberechtigten Angehörigen gebeten, zu einer

Versammlung

am Sonntag, den 1. Dezember 1918,
nachm. 4 Uhr, im großen Saale von „Stadt Hamburg"
zu erscheinen.

Tagesordnung:

1) Vortrag des Herrn Oberpostsekretärs Stender-Kiel: „Die Notwendigkeit der Organisierung der Beamtenschaft".
2) Gründung des Vereins, Wahl des Vorstandes und eines Beamtenrats.

Kein Kopfarbeiter darf fehlen!

Im Auftrage: **Dr. Krug.**

Preetzer Zeitung vom 1.12.1918

Dezember erreichte den Arbeiterrat ein Schreiben, das Karl Brodthagen vor den Mitgliedern verlas. Es kam vom neu gegründeten „Bund für Handel und Gewerbe in Preetz und Umgebung". In ihm dominierten Fabrikanten und Schlachtermeister, aber der Vorstand sollte so schnell wie möglich durch andere Handwerksmeister und Kaufleute ergänzt werden. Lapidar heißt es im Arbeiterratsprotokoll: „Dasselbe wird zur Kenntnis genommen." Über den Inhalt des Briefes erfahren wir hier nichts.[124] Aber im Bericht der Preetzer Zeitung über die o. g. Gründungsversammlung erfahren wir, dass das Schreiben u. A. auf die politische Lage einging „und zu deren Klärung die schnellstmögliche Wahl und Berufung der Nationalversammlung" forderte.[125] Einen Sitz im Arbeiterrat scheint der Bund im Gegensatz zu seinem Pendant in Plön, nicht gefordert zu haben.[126] Dagegen erhob der ebenfalls neu gegründete Beamtenverein[127], ebenfalls in Form eines Briefes, Anspruch auf fünf Sitze im Arbeiterrat, „und zwar im Verhältnis seiner Mitgliederzahl". Das wurde „nach kurzer Debatte" als „unberechtigt" abgelehnt.[128] Das bedeutete nicht, dass der Arbeiterrat oder deren Mitglieder berufsständische Vereinigungen als eigenständige Organisationen gänzlich ablehnten. Joseph Tischbein war sogar auf der Gründungsversammlung des Vereins aufgetreten. Dort legte er „in sachlicher und allgemeinverständlicher Weise den Standpunkt der Sozialdemokratie dar und begrüßte die Vereinsgründung."[129] Auch ein Lehrerrat hatte sich in Preetz kurz vor Weihnachten gebildet, der aber keine Ambitionen gehabt zu haben scheint, im Arbeiterrat mitzuarbeiten.[130]

124 Vgl. Protokoll AR Preetz vom 9.12.1918.
125 Vgl. PZ vom 10.12.1918.
126 Vgl. PZ vom 7.12.1918.
127 Vgl. PZ vom 3.12.1918.
128 Vgl. Protokoll AR Preetz vom 12.12.1918.
129 PZ vom 3.12.1918.
130 Vgl. PZ vom 21.12.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 141

Die Dienststunden des Soldatenrates Preetz
sind Wochentags vormittags von 9—11, nachmittags 3—5 Uhr. Sonnabend nachmittag geschlossen. Sonntag 10—11 Uhr vormittags. Telephonisischer Anruf Nr. 258.

Preetzer Zeitung vom 19.11.1918

Nachdem sich der Arbeiterrat organisatorisch konsolidiert hatte und der Soldatenrat, also die Sicherheitswache in der Kriegsküche, eingerichtet hatte, hat dieser wohl seine Aufgabe erfüllt. Am 3. Dezember meldete die Preetzer Zeitung jedenfalls (Überschrift: „Verhaftete Diebesgesellschaft“): „Der Tätigkeit des hiesigen Soldatenrates ist es gelungen, eine Diebesgesellschaft dingfest zu machen, die es verstanden hat, sich unrechtmäßig in den Besitz von Geld, Lebensmitteln usw. zu setzen. Bisher ist der Gesellschaft, die aus einem anscheinend fahnenflüchtigen Matrosen und mehreren hiesigen Einwohnern besteht, rund 80 Mettwürste, etwa 1000 Mark bares Geld, Speck sowie eine Anzahl gefälschter Bezugsscheine auf Stiefel abgenommen worden.[131]” Der Arbeiterrat gab kurze Zeit später zusammen mit der „Polizeiverwaltung“, das heißt dem Bürgermeister, eine Verordnung zur Polizeistunde heraus. Sie wurde auf 10 Uhr abends festgelegt, nur am Wochenende und vor Feiertagen trat sie erst um 11.30 Uhr in Kraft. Insbesondere die große Kartoffellagerstätte, die Mieten in der Nähe des Bahnhofs wurden wohl immer wieder von Dieben heimgesucht. Kein Wunder, bei der prekären Versorgungslage. Der Arbeiterrat beschloss deshalb: „Da wieder viele Kartoffeln aus den Miethen verschwinden, soll der Soldatenrat bei einigen Personen Haussuchung vornehmen.“[132] Anfang Januar war in der Preetzer Zeitung sogar zu lesen: „Auf jede Person, die des Nachts das Grundstück bei den Kartoffelmieten betritt, wird ohne Anruf geschossen. Der Soldatenrat Preetz.“[133]

Anfang Dezember hatten der Soldatenrat und der Arbeiterrat ihre schwerste Krise zu bewältigen. Ausgerechnet der von Noske nach Preetz entsandte Bevollmächtigte des Kieler Soldatenrates spielte dabei die Hauptrolle. Schon am 18. November war das Verhalten von Starke Gegenstand von Diskussionen im Rat: „Da mehrere Beschwerden gegen den Genossen Starke vorlagen und dieselben von den Genossen Steffens und Steen vorgetragen wurden, ergreift Genosse Starke das Wort, um den Zweck seiner Reise mit dem Bürgermeister nach Kiel und Plön klarzulegen.“ Man warf ihm offensichtlich vor, zu eng mit dem Bürgermeister zusammenzuarbeiten oder den Arbeiterrat über seine Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister nicht informiert zu haben. Starke behauptete, dass seine Reisen im „Interesse der Allgemeinheit“ geschehen seien, und zunächst wurde „die Sache für erledigt“ erklärt.[134] Aber schon zehn Tage später kamen wieder Beschwerden über Starke zur Sprache, wieder

131 PZ vom 3.12.1918, vgl. auch PIZ vom 5.12.1918.
132 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 21.12.1918.
133 PZ vom 2.1.1919.
134 Protokoll AR Preetz vom 18.11.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 142

„hauptsächlich über nicht einwandfreien Verkehr mit den Bürgerlichen.“ Diesmal wurde Joseph Tischbein damit beauftragt, „noch mal mit Starke Rücksprache (zu) nehmen und die Sache klar(zu)stellen.“[135]

Es ist uns nur eine Bekanntmachung von Starke überliefert, in der er Reisen „in volkswirtschaftlichem Interesse“ für vorrangig erklärt und Vergnügungsfahrten sowie Besuchsreisen untersagte und für dringliche Fahrten entsprechende Bescheinigungen im Namen des Soldatenrats in Aussicht stellte.[136] Am 2. Dezember musste Starke sich noch einmal im Arbeiterrat rechtfertigen, aber auch diesmal konnte sich der Arbeiterrat nicht zu Maßnahmen gegen ihn durchringen. „Der Genosse Starke möchte in Zukunft mehr Vorsicht walten lassen, um so allen Zweideutigkeiten aus dem Wege zu gehen“, wurde er lediglich ermahnt.[137] Am 9. Dezember konnte man dann aber plötzlich in der Preetzer Zeitung lesen: „Der Bevollmächtigte Starke vom hiesigen Soldatenrat wurde am Mittwoch voriger Woche (4.12., der Verf.) seines Amtes erhoben und am Sonnabendnachmittag festgenommen. Es wird ihm zu Last gelegt, dass er während seiner hiesigen Tätigkeit einen leichten Lebenswandel führte, mehrfach seine Befugnisse weit überschritten und umfangreiche Schulden gemacht hat. Eine Anzahl Bürger- und Geschäftsleute hat er in betrügerischer Art geschädigt.“[138]

Der Bevollmächtigte scheint sich in mehrfacher Hinsicht als Fehlgriff erwiesen zu haben. Der Soldatenrat Preetz wurde jetzt unter die Kontrolle des Soldatenrates Plön genommen und dieser wollte dafür sorgen, „dass Unregelmäßigkeiten von Wachmannschaften wie bisher nicht mehr vorkommen.“ Die unterzeichnenden Mitglieder des Soldatenrates Plön, Gersdorff und Prätorius, baten darum „wegen etwaiger Vorkommnisse nicht Gegenströmungen einzuleiten“ und die „von angeblichen Soldatenräten begangenen Unregelmäßigkeiten nicht tragisch zu nehmen, denn in so einer großen Umwälzung wird es nicht immer ausgeschlossen sein, dass unlautere Elemente sich hervordrängen“.[139] Der Soldatenrat Plön schickte im Einvernehmen mit dem Obersten Soldatenrat in Kiel eines seiner Mitglieder, den Obermaat Wahl, als Bevollmächtigten nach Preetz und erklärte ansonsten, dass er für Ruhe und Ordnung sorgen und die Verteilung der Lebensmittel überwachen werde. Zu diesem Zeitpunkt scheint Starke sich auf der Flucht befunden zu haben, jedenfalls endet der Aufruf mit: „Alle Polizeiorgane des Kreises Plön und die Soldatenräte werden hiermit zugleich angewiesen, Starke, sobald er sich wieder sehen lässt, festzunehmen und dem Obersten Soldatenrat in Kiel zu überliefern.“[140] Die 24-köpfige Sicherheitswache blieb, trotz der Verfehlungen ihres Vorgesetzten, bis in den April 1919 hinein unverändert bestehen, wobei es im Zuge der fortschreitenden Demobilisierung sicher zur Fluktuation in der Besetzung gekommen ist. Auch als der Obermaat Wahl im Januar aus der Marine ausschied und von dem Bevollmächtigten Krüger abgelöst wurde, wurde eine geplante Abberufung, laut Arbeitsratsprotokoll, nicht durchgeführt.[141] Diese Vorgänge um den Bevollmächtigten

135 Protokoll AR Preetz vom 28.11.1918.
136 Vgl. PZ vom 22.11.1918.
137 Protokoll AR Preetz vom 2.12.1918.
138 PZ vom 9.12.1918, entsprechende Meldungen waren auch in anderen Tageszeitungen, u. a. im Pinneberger Tageblatt vom 16.12.1918 zu lesen.
139 PZ vom 12.12.1918 unter der Überschrift „Aufklärung!“
140 Vgl. ebenda.
141 Vgl. Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 25.1.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 143

Starke scheinen das Ansehen und die Autorität des Arbeiterrates insgesamt kaum untergraben zu haben.

Im Dezember und seit kurz vor Weihnachten war die Stadt Preetz stark damit beschäftigt, die zurückkehrenden Soldaten zu ehren. Die Stadtverwaltung hatte schon um den 10. Dezember herum eine „Ehrenpforte“ am Staatsbahnhof errichten lassen, „die den Zurückkehrenden den ersten Gruß aus der Heimat bringt“. Bei größeren Rücktransporten sollten umfangreichere Begrüßungsveranstaltungen stattfinden. Für den 29. Dezember wurden dann zwei zentrale Veranstaltungen in den zwei größten Gasthäusern am Ort (Kohrt und Bauer) vorbereitet. Die Tatsache, dass Joseph Tischbein als Vorsitzender des Arbeiterrates neben dem Bürgermeister eine Rede halten sollte, war dem Protokollanten des Arbeiterrats nur eine Notiz unter Mitteilungen wert. Eine Aussprache über den Inhalt der Rede fand augenscheinlich nicht statt.[142] Die Ansprachen beider Redner waren voller Dank an die Soldaten, „die jahrelang fest und ungebrochen dem Feinde gegenübergestanden haben und fern der Heimat das Schwerste erdulden mussten“, berichtete die Preetzer Zeitung. Beide sollen die politische Situation beschrieben, aber auch auf „eine kommende bessere Zeit Hoffnung gemacht haben”. Sie endeten dann aber doch unterschiedlich. Während Bürgermeister Krug ein Hoch auf Preetz ausbrachte, ließ Tischbein „die neue Volksrepublik“ hochleben.[143]

Der Arbeiterrat als Ansprechpartner und Initiator. In dieser Zeit war der Arbeiterrat aber auch immer wieder Ansprechpartner für Arbeiter, die sich über ihre Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse beklagten. Ein Postenarbeiter bei der Bahn beschwerte sich über seine Herabstufung, denn er war vorher als Bahnwärter beschäftigt worden. Der Arbeiterrat nahm sich auch dieses Falls an und wollte beim Bahnbetriebsamt Kiel, offensichtlich dem zuständigen Arbeitgeber des Bahnwärters, wissen, „wie die Sache sich verhält“.[144] Bei anderen Fällen wurden die Schreiben der Arbeitnehmer nur „zur Kenntnis genommen“, wie bei einem Schornsteinfegergesellen, der eine Eingabe „zwecks Regelung des Arbeits- und Lohnverhältnisses“ gemacht hatte, oder bei einem Förster, der ein Schreiben „in Sachen des Forstarbeiters Patzke“ an den Arbeiterrat richtete. In beiden Fällen wissen wir nicht, worum es in der Sache wirklich ging, aber man sieht, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber den Arbeiterrat als eine Art Beschwerdestelle betrachtet haben.[145]

Ein besonderes Anliegen des Arbeiterrates Preetz war die sogenannte Eingemeindung. Dabei ging es vor allem um Gelände, das an das Stadtgebiet angrenzte, aber dem Kloster Preetz oder der Gemeinde Schellhorn gehörte. Man versprach sich davon offensichtlich Gelände für Schrebergärten oder günstiges Bauland. Dabei war wohl von vornherein klar, dass man die Stadt mit einbinden musste, wenn man Erfolg haben wollte. So ging man die Sache auch recht vorsichtig an. Zunächst wurde, wie so oft in diesen Fällen, eine Kommission gebildet, bestehend aus den Genossen Tischbein,

142 Vgl. Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 21.12.1918.
143 Vgl. PZ vom 30.12.1918
144 Protokoll AR Preetz vom 21.12.1918
145 Protokoll AR Preetz, Sitzungen vom 19.12.1918 und 20.2.1919

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 144

Claußen und Steffens. „Dieselbe soll sich erstmal mit Kieler Genossen und dem hiesigen Bürgermeister in Verbindung setzen, um sich über die gesamten Rechtsverhältnisse zu informieren, worauf dann das Weitere veranlasst werden soll.“[146] Am 9. Dezember verzeichnet das Protokoll dann einen Bericht, den Tischbein und Steffens über ihren Besuch in Kiel erstatteten und bei dem sie „Rücksprache mit einzelnen Personen genommen haben“. Aber „einen guten Bescheid haben sie nicht erhalten, wie die Rechtslage heute noch liegt, ist wenig Aussicht auf Erfolg, aber dessen ungeachtet soll doch ein schriftlicher Antrag beim Magistrat eingereicht werden, „um eine Aussprache mit dem Kloster herbeizuführen, vielleicht ist in Güte etwas herauszuschlagen“, heißt es in dem Sitzungsprotokoll weiter.[147] Das Anliegen wurde also dem Magistrat vorgelegt und es klingt schon etwas gereizt, wenn der Stadtsekretär am 16. Dezember unter Punkt 10 festhielt: „Nachdem der Arbeiterrat darauf besteht, bereits jetzt Eingemeindungsverhandlungen mit Gemeinde Schellhorn und Klosterhof Preetz zu beginnen, soll der Gemeinde Schellhorn und dem Klosterhof eine Abschrift des Schreibens des Arbeiterrates mitgeteilt werden mit der Anfrage, ob Schellhorn und das Kloster mit der Eingemeindung einverstanden sind.“[148] Der Inhalt des angesprochenen Schreibens ist uns leider nicht überliefert, aber es ging, wie wir aus dem weiteren Gang der Ereignisse wissen, um Randbezirke von Schellhorn oder dem Klosterhof, die das Stadtgebiet zum Beispiel entlang der Mühlenau arrondieren sollten. Postwendend kam die Antwort aus Schellhorn. Die Schellhorner Gemeindevertretung lehnte das Ansinnen, in Verhandlungen einzutreten, einstimmig ab.[149] Aber in die Verhandlungen mit dem Klosterhof kam Bewegung. Die Stadt erhielt Ende Februar 1919 ein Schreiben des Klostervorstandes, in dem es um den Verkauf von Klosterland ging, aber immer noch wollte die Stadt abwarten, bis die gesetzlichen Grundlagen über Eingemeindungen „praktisch geworden sind.“[150] Innerhalb der nächsten Wochen wurde dann zunächst ein Vertrag zwischen der Stadt und dem Kloster ausgehandelt über die unentgeltliche Übernahme des Kinderheims und der Warteschule am Hufenweg.[151] In der gleichen Sitzung, in der die Kollegien der Übernahme zustimmten, wurde mit Bürgermeister Krug an der Spitze eine Verhandlungskommission „zur Einleitung von Verhandlungen mit dem Klostervorstand wegen Ankaufs von Ländereien” gebildet. In dieser Verhandlungskommission finden wir bezeichnenderweise drei Arbeiterratsmitglieder, die inzwischen zu Stadtverordneten gewählten Sozialdemokraten Tischbein, Brodthagen und Steen, wieder[152] Dass es tatsächlich auch um das Ziel ging, Bauland zu schaffen, entnehmen wir dem Magistratsprotokoll im Juni, als bedauert wurde, dass das Kloster immer noch kein Angebot hierfür gemacht habe. Man verzichtete aber darauf, Druck auf das Kloster auszuüben.[153] Endlich, am 26.August, meldet das Magistratsprotokoll dann den erfolgreichen Abschluss von Verhandlungen mit dem Kloster: „Magistrat stimmt dem Entwurf eines Kaufvertrages über die Klosterländereien zu.“[154] Schon am nächsten Tag bestätigte die Stadtverordnetenver-

146 Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 25.11.1918
147 Ebenda.
148 Magistratsprotokoll vom 16.12. 1918, SAP Nr. 231
149 Vgl. PZ vom 24.12.1918.
150 Vgl. Magistratsprotokoll vom 25.2.1919, SAP Nr.231.
151 Vgl. Magistratsprotokoll vom 24.3.1919, SAP Nr. 231; s.a. Kollegiensitzung vom 3.4.1919, SAP Nr. 241.
152 Vgl. Magistratsprotokoll vom 24.3.1919, SAP Nr. 231, TOP 7.
153 Magistratsprotokoll vom 20.6.1919, SAP Nr. 231.
154 Magistratsprotokoll vom 26.8.1919, SAP Nr. 231.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 145

sammlung, darunter alle elf sozialdemokratischen Stadtverordneten, bei nur drei Gegenstimmen in namentlicher Abstimmung den Vertrag „trotz verschiedener Bedenken seitens einzelner Stadtverordneter […] gegen einzelne Kautelen desselben, die vom Kloster gestellt werden.“ Der Vertragstext liegt uns leider nicht vor, aber immerhin erfahren aus der Preetzer Zeitung, dass für die Kinderheimkoppel, die Armenkoppel, die kleine und die große Hufe, alle etwa gelegen entlang dem Hufenweg und der ehemaligen Kleinbahntrasse, Schwebstöcken I sowie Schwebstöcken II 450 000 Reichsmark von der Stadt bezahlt wurden. In einem langen Artikel erläuterte ein Unterzeichnender „D“, wahrscheinlich das Magistratsmitglied Donath, die Verwertung der Ländereien. Ein Ingenieurbüro aus Kiel hatte entsprechende Konzepte entwickelt. Ein Teil des Geländes war tatsächlich als Bauland vorgesehen, ein Teil als Schrebergärten, ein anderer Teil als Industriegelände, auf einem weiteren hoffte man sogar Kies zu finden, was sich aber mangels Abbaubarkeit zerschlug. Besonders die günstige Lage eines Teils der Ländereien zu den Bahnhöfen ließ die Stadt hoffen, dass sie nach der Erschließung durch den Weiterverkauf zum Beispiel an Baugenossenschaften ihre Investitionen amortisieren könnte. Jedenfalls stellte Stadtrat Donath fest, dass damit „ein langjähriger Wunsch vieler Einwohner der Stadt Preetz erfüllt“[155] sei.

Dieser Vertragsabschluss wäre wohl ohne die Hartnäckigkeit und Umsicht der Arbeiterratsmitglieder in der Stadtvertretung nicht erreicht worden. Die Stadtverwaltung war eher zurückhaltend und hat die Verhandlungen gebremst. Das Projekt sollte jedenfalls langfristig weiterverfolgt werden: „Die Eingemeindungsfrage Schellhorn und Klosterhof soll zunächst ruhen, bis sie durch die gesetzlich zu bestimmende Auflösung der Gutsbezirke von selbst spruchreif werden wird“, notierte der Stadtschreiber am 29. September 19 im Protokoll der Magistratssitzung.[156] Dieser Vorgang war für Preetz erst 1932 endgültig abgeschlossen.

Der Arbeiterrat, die Sozialdemokratie und die Parteien. Die Sozialdemokratie und der Arbeiterrat waren in Preetz, was ihre Protagonisten angeht, personell weitgehend identisch. Deshalb macht es Sinn, die Ortsgruppe der (M)SPD und ihre Politik vor Ort genauer zu betrachten. Beide wurden, wie wir noch sehen werden, in den anstehenden Wahlkämpfen von ihren politischen Gegnern aus dem bürgerlichen Lager weitgehend gleichgesetzt. Umgekehrt wurde der Öffentlichkeit auch nicht immer deutlich, für welche Organisation zum Beispiel der „Gewerkschaftsführer Tischbein“ oder andere sozialdemokratische Mitglieder gerade auftraten.

Der Wahlkampf zu den Nationalversammlungswahlen begann mit Veranstaltungen zum Frauenwahlrecht, zur Frage der Trennung von Staat und Kirche und damit der Übernahme der Schulaufsicht durch den Staat. Diese Themen spielten innerhalb des Arbeiterrats überhaupt keine Rolle. In den Wahlkämpfen und in der Gründungsphase der Parteien in Preetz ab Dezember 1918 dagegen schon.

155 PZ vom 11.11.1919.
156 Magistratsprotokoll vom 29. 9.1919, SAP Nr. 231.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 146

Anzeige in der Preetzer Zeitung vom 12.12.1918

Oeffentliche
Frauen-Versammlung
(nur für Frauen)
in Preetz, Gastwirtschaft Kohrt, am
Sonnabend, den 14. Dezbr., abends 8 Uhr.
„Wahlrecht und Wahlpflicht der Frau für die Nationalversammlung."
Rednerin Frau v. Glau aus Pinneberg.
Freie Aussprache.
Alle Frauen und Mädchen von Preetz und Umgegend werden dringend gebeten, zu kommen. Der Saal ist geheizt. Eintritt frei.
Die Preetzer Frauenvereine.

Auch kam es häufig zu Grundsatzdebatten über die zukünftige Staats- und Regierungsform. Der „Liberale Verein", der Vorläufer der dann im Januar 1919 gegründeten DDP-Ortsgruppe, hatte für den 22. November zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Die deutsche Revolution" eingeladen. Der Verein stellte sich hinter die Regierung der Volksbeauftragten, begrüßte die Entmachtung der Fürsten und trat für freien Handel und für eine Bodenreform ein. Aber es fehlte auch nicht die klare Abgrenzung gegen das Rätesystem. „Redner wünscht in Zukunft keine Diktatur, weder des Geldsacks noch des Proletariats", zitiert die Preetzer Zeitung den aus Kiel herbeigerufenen Referenten, einen Dr. Leonhart. Zu diesem Zeitpunkt war es üblich, dass auch Vertreter anderer Parteien wie Koreferenten auf den Versammlungen auftraten. So übernahm auch hier, wie so oft, Joseph Tischbein für den Arbeiterrat und die SPD diese Aufgabe. Er verwies auf die grundsätzlichen Unterschiede zu der Situation in Russland, betonte, dass es in Russland keine straff organisierte Arbeiterschaft gebe wie in Deutschland, um so zu schließen: „Die Regierung habe ja schon mehrfach erklärt, dass sie keine Diktatur wünsche, aber erst heißt es, die Errungenschaften der Revolution sicherzustellen." Der Referent des Vereins entgegnete, dass Tischbein das Problem viel zu leicht nehme und die Revolution durch den Hunger komme. Alle Parteien, und damit war sicher auch ein Appell an die Sozialdemokratie verbunden, hätten für „geordnete Verhältnisse im Lande" einzutreten.[157] Nach den ersten Veranstaltungen zum Frauenwahlrecht von den bürgerlichen Frauenvereinen (am 14. Dezember) musste der Ortsverein der SPD auf seiner Zusammenkunft am selben Abend feststellen, dass „zur gemeinsamen Agitation mehr getan werden muss, da die bürgerlichen Parteien schon mitten drin im Wahlkampf stehen."[158] Die SPD konnte sich anderseits in diesen Wochen nicht über mangelnden Zulauf beschweren, nie vor-

157 Vgl. PZ vom 23.11.1918.
158 Protokoll SPD-Ortsverein vom 14.12.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 147

Am Donnerstag, den 9. Januar 1919, abends 8 Uhr, im großen Saale von Gastwirt Bauer, Kirchenstraße.

Öffentliche

Frauenversammlung.

Tagesordnung:

1. Die Wahlen zur Nationalversammlung.
2. Freie Aussprache.

Referent: Frau Reiche-Cords, Hamburg.

Alle Frauen und Mädchen, besonders die Frauen der Beamten, sind zu dieser Versammlung eingeladen. Männer sind gleichfalls willkommen. Eintritt 20 Pfg.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Ortsvereins Preetz.

Anzeige in der Preetzer Zeitung vom 8.1.1919

her und auch nicht nachher war 1918/19 der Mitgliederzuwachs, auch was den weiblichen Anteil betraf, so groß. Im November und Dezember hatte die SPD über 300 Mitglieder neu aufgenommen, bis April waren es mit abnehmender Tendenz genau 557.[159]

Der schon lange in Preetz existierende Bürgerverein bot in dieser Phase, in der die sich die bürgerlichen Parteiortsgruppen noch nicht konstituiert hatten, eine Plattform, die alle Vorläuferorganisationen nutzen konnten. Diese nutzte Ende Dezember auch die Deutsch-Nationale Volkspartei, die den Justizrat Bokelmann aus Kiel zu einer Auftaktveranstaltung nach Preetz schickte. Die SPD setzte eine Großveranstaltung mit dem langjährigen Gewerkschaftsführer und Reichstagsabgeordneten Carl Legien dagegen. Am 3. Januar hielt der sozialdemokratische Spitzenkandidat für die Reichstagswahlen eine Rede mit dem Titel „Revolution und Nationalversammlung“. Die Preetzer Zeitung war sehr kurz in der Berichterstattung über diese Veranstaltung und begründete dies mit der herrschenden Papierknappheit. Aber da Legien sein Referat offensichtlich am nächsten Tag auf einer Veranstaltung in Kiel (wie auch am 12.Januar in Eckernförde) wiederholte, sind wir über dessen Inhalt gut informiert. Er lobte darin seine eigene Partei für die Übernahme der Regierung Anfang November 1918: „Die Regierungsmaschinerie ist kaum einen Augenblick zum Stillstand gekommen, dank der organisatorischen Erziehungsarbeit der Sozialdemokratie. Die Revolution brachte die Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte, die neben Fehlern gute Arbeit geleistet haben“, gibt die Schleswig- Holsteinische Volkszeitung seine Ausführungen wieder. Er betonte die Notwendigkeit des Wiederaufbaus des Wirtschaftslebens trotz der harten Auflagen durch die Alliierten, die zu erwarten seien. Mit den Wahlen zur Nationalversammlung komme der Wille der Mehrheit des Volkes zum Tragen, eine Diktatur, gemünzt auf eine wie auch immer geartete Räteherrschaft, lehnte er ab. Der Gedanke der Sozialisierung, insbesondere von „Grund und Boden“, wurde von ihm

159 Vgl. Protokolle SPD-Ortsverein vom 23.11., 14.12., 28.12. und 12.4.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 148

noch nicht verworfen, sollte Teil der sozialen Revolution sein, die „nur noch eine Frage der Zeit“ sei: „Sie muss aber vorsichtig erwogen werden.“[160] Diese Veranstaltung scheint ein großes Ereignis in Preetz gewesen zu sein: „Kopf an Kopf, dicht zusammengedrängt, den großen Saal bis auf den letzten Platz füllend, lauschte die Menge den ruhigen und sachlichen Ausführungen“ Carl Legiens, schrieb die Preetzer Zeitung in ihrem Bericht.[161] In diesem Wahlkampf trat der Arbeiterrat als Institution nicht in Erscheinung, während sein Vorsitzender Tischbein aber auf fast allen Veranstaltungen der mit der (M)SPD konkurrierenden Vereine und Parteien präsent war.[162] Die Vorträge und Diskussionen waren durchweg gut besucht und die Politisierung der Wahlberechtigten nahm zu.

Die Wahlbeteiligung lag dann in Preetz am 19. Januar auch bei über 90 Prozent. Von 2817 abgegebenen Stimmen erhielt die SPD 1512, zweitstärkste Partei wurde die DVP mit 854 Stimmen, die DNVP musste sich trotz eines immensen Propagandaaufwandes in den lokalen und überregionalen Zeitungen mit 189 Stimmen begnügen. Wenn man die 194 Stimmen für die DDP hinzuzählt, hatte das eindeutig republikanische Lager einen großen Wahlsieg errungen.[163] Der SPD-Ortsverband war trotz des guten Ergebnisses in Preetz wegen des nationalen Resultats enttäuscht. In der Mitgliederversammlung nach der Wahl fasste Tischbein zusammen, „dass unsere Erwartungen […] nicht voll in Erfüllung gegangen sind, nämlich eine sozialdemokratische Mehrheit“.[164] Den „Schaden“ wollte man bei der Wahl zur preußischen Nationalversammlung wieder wettmachen. Bei dieser Wahl nahm die Wahlbeteiligung leicht ab und es zeigte sich eine geringe Verschiebung der Wählerstimmen von der SPD hin zur DDP, der Anteil des republikanischen Lagers blieb aber insgesamt nahezu gleich.[165] Die DDP-Liste „Siemen“ hatte in geschickter Weise die „Rückbeförderung der noch in feindlicher Hand schmachtenden Kriegsgefangenen“ an die erste Stelle ihres Wahlprogramms gesetzt. Auch grenzte sie sich nach rechts und links mit dem zweiten Punkt des Programms ab: „Kampf gegen Reaktion einerseits und sozialistische Republik andererseits“.[166] Einige Themen, die auf Wahlveranstaltungen der Parteien und des Bürgervereins eine große Rolle spielten, scheint die Sozialdemokratie unterschätzt zu haben. Auf einigen offensichtlich gut besuchten Versammlungen wurde über die Trennung von Kirche und Staat sowie die Frage der Einheitsschule gesprochen. Die Protokolle des SPD-Ortsvereins wie auch die des Arbeiterrats geben keinen Hinweis darauf, dass die Sozialdemokratie sich mit diesen Fragen eingehender beschäftigt hätte, obwohl sie natürlich für die staatliche Kontrolle der Schule und die Einheitsschule in ihren Programmen eingetreten ist. Auf einer Veranstaltung zum Frauenwahlrecht im Januar wurde die sozialdemokratische Rednerin aus Hamburg zu einer Stellungnahme zum Thema „Verhältnis von Kirche und Staat“ gezwungen: „Das, was die Sozialdemokratie wolle, sei nur eine Freimachung der Kirche von den Fesseln des Staates. Viele einflussreiche Kreise der Kirche erstreben mit ihr dasselbe Ziel. Diejenigen, die dagegen arbeiten, könnte man die

160 Wiedergabe nach SHVZ vom 6.1.1919.
161 PZ vom 4.1.1919.
162 Vgl. u. a. PZ vom 27.12.18 (DNVP), PZ vom 15.1.1919 (DDP).
163 Vgl. PZ vom 20.1.1919, siehe auch Peter Pauselius, Preetz unterm Hakenkreuz, Großbarkau 2001, S. 9.
164 Protokoll SPD-Ortsverein vom 23.1. 1919.
165 Vgl. PZ vom 27.1.1919, siehe auch Pauselius, Hakenkreuz, 2001, S. 10.
166 PZ vom 25.1.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 149

kleinen Geister nennen, die befürchten, bei einem Selbständigmachen der Kirche ihre Stellung und ihr Einkommen zu verlieren."[167] Schon am 30. Dezember war auf einer gut besuchten Versammlung der bürgerlichen Frauenvereine eine Resolution dazu verabschiedet worden: „Etwa 800 in Preetz versammelte Männer und Frauen treten entschieden für die Erhaltung unserer Landeskirche als Volkskirche ein und für die Bewahrung und der unserem Volke dadurch vermittelten sittlich-religiösen Güter unseres Christenglaubens"[168], hieß es in der Resolution. Darüber hinaus trat die Versammlung für den Erhalt des Religionsunterrichts an den Schulen ein. Der Aufruf der SPD zur Wahl am 26. Januar wählte einen breiteren Ansatz. Sie forderte das „preußische Volk" auf, „seine Stimme zu erheben und den Kampf auf[zu]nehmen gegen Junker, Pfaffen und Kapitalistenherrschaft". Man wolle „den Hort der preußischen Reaktion endgültig beseitigen: Diesen Junkern, Industriebaronen und der hohen Bureaukratie keine Stimme !"[169]

Während der Wahlkämpfe Anfang 1919 nahm die Tagungshäufigkeit des Arbeiterrats deutlich ab; hatten im Dezember 1918 noch sechs Sitzungen stattgefunden, waren es im Januar und Februar nur noch jeweils zwei. Dabei auch noch sehr kurze, die nicht einmal mehr eine Tagesordnung im Protokollkopf aufwiesen. Der Etat wurde für die nächsten drei Monate aufgestellt, festgehalten ist aber nur der Beschluss, 1500 Reichsmark für drei Monate bei der Stadtkasse zu beantragen[170]; ansonsten wurden Mitteilungen und Schreiben bekanntgegeben. Eine Aufstellung der Ausgaben, die eigentlich über den Kreisvollzugsrat an die Beigeordneten beim Regierungspräsidenten hätten eingereicht werden müssen, lässt sich nicht nachweisen. Auch der städtische Etat, abgedruckt in der Preetzer Zeitung vom 26. März 1919, enthält, wie gesagt, keine Aufstellung der Ausgaben des Arbeiterrates.[171]

Anfang Februar stand die nächste Kreis-Arbeiter- und Soldatenrats-Konferenz in Preetz an und die Genossen Danielsen und Steffens wurden zu Delegierten bestimmt. Es war das letzte Mal, dass Preetz Schauplatz einer solchen Kreiskonferenz war. Der Vollzugsausschuss des Kreises Plön hatte dazu den Vorsitzenden des Volksrats der Provinz, Hillebrecht, eingeladen, der über „Fragen der Organisation und Finanzgeschäfte" sprach. Offensichtlich hatten einige Arbeiterräte schon jetzt Schwierigkeiten, ihre Finanzierung durch die lokalen Behörden sicherzustellen. Der Oberste Soldatenrat Kiel informierte über „organisatorische Fragen der Sicherheitstruppen" und die Preetzer Zeitung schloss ihren Bericht mit dem Hinweis: „Wegen der Finanzierung der A-Räte hat der Volksrat der Provinz in Berlin Schritte eingeleitet."[172] Welche Schritte dies waren, lässt sich nur schwer sagen, zumal das Organ des Provinzvollzugsrates, das uns näher informieren könnte, erst ab Mai 1919 erschien.

Kommunalwahlen im März 1919. Bis ins Vorfeld der Kommunalwahlen erfahren wir über den Arbeiterrat nur, dass er am Bahnhof (der Staatsbahn) 46 Kilogramm Kalbfleisch beschlagnahmt und an die

167 Zit. nach PZ vom 10.1. 1919.
168 Zit. nach PZ vom 4.1.1919, eine ähnliche Erklärung war auch schon am 9.12.1918 im Kirchenkolleg verabschiedet worden, s. Kirchenchronik, S. 186.
169 PZ vom 25.1.1919.
170 Vgl. oben unter „Organisation und Finanzen".
171 Vgl. PZ vom 26.3. 919.
172 Vgl. PZ vom 11.2.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 150

Anzeige in der Preetzer Zeitung vom 18.1.1919

Männer u. Frauen!

Seit Wochen arbeitet die deutschnationale Partei mit Verleumdung und Verdächtigungen gegen uns, die das Maß alles Erträglichen übersteigen. Sie zeigt damit, daß sie trotz aller Ableugnung die alte konservative Partei ist, die noch nie einen anständigen Wahlkampf hat führen können. Diese Partei der Kriegshetzer und Kriegsverlängerer, die nur

Kriegskameraden!

kennt, wenn sie in Not ist, sich sonst aber blitzwenig um die Kameradschaft quält, diese Partei, die unser Vaterland dahin gebracht hat, daß es in der ganzen Welt mißachtet wird, sucht jetzt die Schuld von sich abzuwälzen. Aber dieses wird ihr nicht gelingen! Wir vertrauen auf den gesunden Sinn unserer Einwohnerschaft und

in letzter Stunde

rufen wir Euch daher zu:

Wollt Ihr unser Vaterland endgültig von dieser Clique, die keine Ideale haben, sondern unter den Deckmantel National nur ihre feudalen Junkerinteressen und Geldsackprivilegien verteidigen will, befreien, dann gebt keine Stimme diesen Volksfeinden, sondern wählt morgen die Sozialdemokratische Liste.

Darum auf zum Kampfe gegen diese Volksunterdrücker!

Wählt die Liste Legien!

Der Sozialdemokratische Ortsverein Preetz.

Verteilungsstelle weitergegeben hatte.[173] Einige Arbeiterratsmitglieder begegnen uns dann aber auf der Liste, die die SPD für die Kommunalwahlen am 2. März aufgestellt hatte. Auf der Mitgliederversammlung vom 14. Februar wurde der erfahrenste Kommunalpolitiker, Geschäftsführer August Nothdurft, an die Spitze gestellt. Gleich danach folgten aber die Arbeiterratsmitglieder Brodthagen, Tischbein und Steen. Mit guten Chancen kandidierten aber auch noch der Arbeiter Keine, der Schuhmacher Steffens und der Tischler Danielsen. Auf den hinteren Plätzen der 24 Kandidaten umfassenden Liste landeten der Protokollant des Arbeiterrats, der Schuhmacher Kaiser und der Zimmerer Kahl. Bemerkenswert ist, dass nur eine Frau kandidierte, dagegen aber ein Klempnermeister es auf den neunten Listenplatz geschafft hatte. Beide wurden in das Stadtparlament gewählt, wobei der Klempnermeister aus dem bürgerlichen Lager heraus als Verräter an den eigenen Standesgenossen angegriffen wurde.

Die Gegner der SPD hatten sich vor dieser Wahl schon sehr früh formiert. Der Beamtenverein und der Bund für Handel und Gewerbe hatten sich schon Anfang Februar mit den Kommunalwahlen und der Aufstellung von Kandidaten befasst und auch der Bürgermeister blieb nicht untätig. Wie schon vor den Nachwahlen zur Stadtverord-

173 Vgl. Protokoll AR Preetz, Sitzung vom 20 2.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 151

An die Wähler und Wählerinnen in Stadt und Land!

Am Sonntag den 26. Januar soll das preußische Volk seine Stimme erheben und den Kampf aufnehmen

gegen Junker, Pfaffen u. Kapitalisten-Herrschaft.

Dieses volksfeindliche Dreigestirn hat noch bis zur letzten Stunde jede politische Gleichberechtigung schnöde abgelehnt. Durch die Stimme des Volkes wurden am 19. Januar 164 Mehrheits- und 24 unabhängige Sozialdemokraten in Deutschland gewählt. Ein Beweis für das Vertrauen, welches die Sozialdemokratie im Volke genießt. Am 26. Januar gilt es nun

Den Hort der preußischen Reaktion endgültig zu beseitigen,

die eine Schmach für das ganze deutsche Volk war und uns den Haß der ganzen zivilisierten Welt eingebracht hat.

Diesen Junkern, Industriebaronen und der hohen Bureaukratie keine Stimme!

Wählt nur die Liste der Sozialdemokratischen Partei!!

Erster Kandidat Wilhelm Brecour, Stadtrat in Kiel.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen

Nun wohlan!

Der Sozialdemokratische Ortsverein Preetz.

Anzeige in der Preetzer Zeitung vom 25.1.1919

netenversammlung im Oktober 1918 bemühte er sich um eine Einheitsliste. Die Ablehnung der gemeinsamen Liste seitens der SPD kam nicht überraschend, war sie doch mit einer eigenen Liste schon damals erfolgreich gewesen und hatte Anfang 1919 drei Kandidaten (Tischbein, Brodthagen und Röhling) nach einer Nachwahl mit eigener Liste ins Parlament entsenden können. Für die erneute Ablehnung einer Einheitsliste wurde die SPD nun in der bürgerlichen Preetzer Zeitung mithilfe einer Leserbrief-Kampagne heftig attackiert. Sie wolle reine Parteipolitik machen, es komme aber darauf an, sachbezogen Politik zu machen, und zwar von qualifizierten Persönlichkeiten.[174] Ein Anonymus mit dem Kürzel „I“ (alle Leserbriefschreiber aus dem bürgerlichen Lager unterzeichneten nur mit einem oder zwei Buchstaben, während die SPD-Mitglieder mit vollem Namen zeichneten) warf der SPD reine Parteipolitik vor: „Der sozialdemokratische Ortsverein Preetz macht aber zwischen Arbeiterbürgern und übrigen Bürgern einen Unterschied und predigt damit wieder Klassengeist.“ Tischbein habe auf einer Veranstaltung den kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden empfohlen, „in Großbetriebe und Kaufhäuser als Arbeiter und Angestellte [zu] gehen, da sie im sozialisierten Staate nicht existenzberechtigt seien.“ Der Leserbrief ließ aber andererseits auch Anerkennung für geleistete kom-

174 Vgl. PZ vom 19.2., 20.2. u. 21.2.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 152

munalpolitische Arbeit durchblicken. Fast versöhnlich klang der Brief aus: „Man braucht durchaus nicht verkennen, dass in der Sozialdemokratie sehr brauchbare, intelligente Leute vorhanden sind, die, an den richtigen Platz gestellt, Bedeutendes leisten werden, nur vor einseitiger Parteipolitik möchte ich warnen.“[175] Kein Wunder, dass sich Joseph Tischbein durch dieses „Eingesandt“ herausgefordert fühlte. Zunächst zweifelte er die Neutralität des Bürgermeisters an, da dieser die treibende Kraft, auch als Vorsitzender des Beamtenvereins, hinter den Einigungsbemühungen im bürgerlichen Lager sei. Diesen Vorwurf durfte Bürgermeister Krug in der gleichen Ausgabe der Preetzer Zeitung strikt zurückweisen. „Mit Leuten vom Schlage der Deutschnationalen Volkspartei sich an einen Tisch zu setzen, das verbietet der politische Anstand“, kam Tischbein aber dann zum Kern, „was die anderen Parteien betrifft, so waren sie bisher die ausgesprochensten Gegner eines allgemeinen gleichen Kommunalwahlrechts.“ Zum Vorwurf, dass er Kleingewerbetreibenden die Aufgabe ihrer Betriebe empfehle, stellte er klar, dass er sie lediglich „als das Opfer der privatwirtschaftlichen Entwicklung“ dargestellt habe. Dass die Beamtenschaft auf der Liste der SPD nur schwach vertreten war, konnte er allerdings kaum leugnen, er musste sogar August Nothdurft als Geschäftsführer des Konsumvereins zum „Privatbeamten“ erklären, um damit die Argumente in der Diskussion, die Beamten seien auf der gemeinsamen bürgerlichen Liste gut vertreten, zu entkräften.[176] „Eine Wählerin“, auch sie wollte anonym bleiben, griff am Ende den Arbeiterrat und Tischbein als Beigeordneten in ihrer Mitverantwortung für die Versorgung der Bevölkerung an: „Welch große Hoffnung hatten wir damals auf die Kontrolle gesetzt, wie hatten wir alle nach den vielen Vorwürfen, die gefallen waren, erwartet, was nun der Arbeiterrat uns allen an Lebensmitteln usf. verschaffen würde, wie wollten wir schwelgen in all den Genüssen, die wir erwarten zu können hofften. Und was hat uns die neue Ära gebracht? Nicht das Allergeringste! Im Gegenteil, die Zufuhr von Nahrungsmitteln wird von Monat zu Monat geringer und wir wissen wahrlich kaum mehr, was wir auf den Tisch bringen sollen, um unsere Angehörigen zu sättigen. Hat somit die Tätigkeit des Arbeiterrates auf dem Rathause völlig versagt, so ist mir dies ein Beweis dafür, dass die Verwaltung unserer Stadt ihre volle Schuldigkeit getan hat. Es ist damit der Beweis erbracht, dass die Sozialdemokraten uns wohl Arbeiterräte und die damit gewaltigen Ausgaben für die Stadt brachten, aber sonst nichts haben schaffen können.“[177] Die enge Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Arbeiterrat zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung wurde völlig ignoriert, die Enttäuschung über die weiterhin schlechte Versorgungssituation Anfang 1919 in Preetz wurde einseitig und voreingenommen gegen den Arbeiterrat und den Beigeordneten gewendet. Noch etwas deutlicher wurde der anonyme Einsender „nn“: „Wie kommen wir Bürger dazu, diese uns ganz überflüssig erscheinende Maßnahme (gemeint: Tätigkeit eines Beigeordneten, der Verf.) aus unseren Taschen zu bezahlen. Wir haben einen ordnungsmäßig gewählten Bür-

175 PZ vom 22.2.1919.
176 Zitate aus PZ vom 24.2.1919.
177 PZ vom 28.2.1919, mit „Eine Wählerin“ unterzeichnet.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 153

germeister, der verpflichtet ist, für das Wohl und Wehe unserer Stadt zu sorgen. Wir bürgerlich gesinnten Bürger haben nicht nötig, eine Einrichtung zu ertragen, die nicht allen Arbeiterbürgern recht ist. Also, Herr Tischbein, nehmen sie ihre ganze politische Ehre zusammen und ersparen sie dem Stadtsäckel 4500 Mk. Jahresvergütung."[178]

Abgesehen davon, dass die Jahresvergütung nach den Beschlüssen im Arbeiterrat höchstens die Hälfte betragen hätte und die Auszahlungen im Oktober 1919 beendet wurden, zeigen diese Angriffe, dass man über die Kritik am Arbeiterrat und die Institution des Beigeordneten die Sozialdemokratie treffen wollte. Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung antwortete einen Tag vor der Wahl auf die Kritik und nahm ihren besten Mann in Preetz in Schutz. Nachdem sie einen regelrechten „Zeitungskrieg durch Eingesandts" gegen Joseph Tischbein konstatiert hatte, fuhr sie in ironischem Ton fort: „Unseren Genossen Tischbein haben sie dabei besonders ins Herz geschlossen und schütten die ganze Schale ihres Hasses über ihn aus […], schimpfen auf unsere Liste und sprechen unseren Kandidaten Sachkenntnis ab."[179] Dann entwickelte die Zeitung ein kommunalpolitisches Kurzprogramm für Preetz, das noch einmal für die SPD mobilisieren sollte, das man aber auch als Leitlinie der kommunalpolitischen Arbeit der SPD-Fraktion für die nächsten Monate im Stadtparlament ansehen konnte: „Da ist zunächst die Wohnungsfrage zu lösen, ferner ist in sozialer Hinsicht unendlich viel zu tun nötig. Auch in der Schulfrage eilt es, Probleme zu lösen, denn unsere Kinder haben die gleiche Bildung zu beanspruchen. Besonders notwendig ist die Anstellung von Schulärzten, denn der Krieg hat unsere Jugend vollständig entkräftet, sodass eine ärztliche Überwachung der Kinder erforderlich ist. Ferner hat die Gemeinde für die Herbeischaffung von Feuerungsmaterial und Lebensmitteln Sorge zu tragen. Groß sind die Aufgaben, aber sie müssen gelöst werden. Darum, Genossen und Genossinnen, auf zur Wahl, damit der 3. März ein Siegestag für die Preetzer Sozialdemokratie wird."[180]

Wie groß muss nach den in Preetz relativ erfolgreichen Wahlen am 19. und 26. Januar die Enttäuschung gewesen sein, als am Abend des 2. März die Stimmen ausgezählt wurden? Von den 2675 abgegebenen Stimmen entfielen auf die gemeinsame bürgerliche Liste „Ramm" 1442 Stimmen und auf die sozialdemokratische Liste „Nothdurft" 1233 Stimmen. Das bedeutete im der 24-köpfigen Stadtverordnetenversammlung ein Verhältnis von 13 zu 11 Sitzen zugunsten der Liste „Ramm". Auch über diese Liste, die zwei Frauen aufgestellt hatte, schaffte es eine Frau, die Rentnerin Luise Robert, ins Stadtparlament. Bleibt die Frage, warum die SPD als Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht nicht mehr Frauen auf einer Liste mit 24 Kandidaten aufgestellt hatte? Eine Aufarbeitung der Kommunalwahl lässt sich im Ortsvereinsprotokoll, die nächste Mitgliederversammlung fand am 18. März 1919 statt, nicht feststellen. Stattdessen hielt Joseph Tischbein am 18. März einen Vortrag mit dem Titel: „Märzrevolution und Novemberrevolution". Der Vortrag

178 PZ vom 28.2.1919, Leserbrief unterzeichnet mit „nn".
179 SHVZ vom 1.3.1919.
180 Ebenda.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 154

Anzeige in der Preetzer Zeitung vom 1.3.1918

Auf zur Arbeiterratswahl!!

Da die Arbeiterräte in der Gesetzgebung verankert werden sollen, fordern wir alle Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Beamten auf, bei der heute stattfindenden Neuwahl nur für die

Liste Tischbein

zu stimmen. Nur sie allein bietet die Gewähr, daß die Interessen aller Erwerbstätigen gewahrt werden. Da diese Wahl mindestens ebenso wichtig ist, wie alle bisher stattgefundenen, darf kein Arbeiter und keine Arbeiterin bei der Wahl fehlen. Wahlberechtigt sind alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen über 20 Jahre mit einem Einkommen bis 10000 ℳ.

Der Sozialdemokratische Ortsverein Preetz.
Das Gewerkschaftskartell Preetz.

fand „reichen Beifall“, während in der Diskussion Arbeiterratsmitglied Steen verschiedene Missstände anführte, „die trotz Revolution schon wieder eingerissen sind.“[181]

Wie die bürgerliche Mehrheit ihren Zweisitzevorsprung in den Kollegien- und Stadtverordnetenversammlungen zu nutzen gedachte, wurde an zwei Abstimmungen deutlich. Im Protokoll der konstituierenden Sitzung finden wir als letzten Tagesordnungspunkt den schlichten Eintrag: „Antrag Tischbein, die Kaiserbüste aus dem Rathaussaal zu entfernen, wird abgelehnt.“[182] Viel wichtiger aber war die Abstimmung über die beiden Abgeordneten, die Preetz in den Kreistag nach Plön entsenden und die die Stadtverordnetenversammlung bestimmen konnte. Nur in den ländlichen Gemeinden wurde eine Wahl nach dem neuen allgemeinen Verhältniswahlrecht, ergänzt durch die Möglichkeit zur Listenverbindung, durchgeführt. Am 23. April wurden Bürgermeister Krug und der neue Stadtverordnetenvorsteher, der Sparkassenrendant Damm, mit der bürgerlichen Mehrheit von 13 Stimmen gewählt. Für die Sozialdemokraten hatte August Nothdurft kandidiert, der auch die 11 Stimmen seiner Fraktion erhielt, aber damit gescheitert war.[183] Dass es auch anders ging, zeigte die Wahl in Plön. Dort hatte die SPD nur 7 von 18 Sitzen im Stadtparlament erobert, aber der SPD-Kandidat Lauritzen, wie Tischbein Beigeordneter, 10 Stimmen, also drei bürgerliche, erhalten. So wurde er der zweite Vertreter der Stadt Plön im Kreistag.[184] Es ergab sich also die Kuriosität, dass die viel schwächere SPD Plöns auf Kreisebene vertreten war, die sehr viel stärkere Preetzer aber nicht. Für einen Versuch, vielleicht auch des ja sonst so um die Einheit seiner Stadtgemeinde besorgten Bürgermeisters, die sozialdemokratische Wählerschaft von Preetz auf Kreisebene mitsprechen zu lassen, ist in den Quellen kein Anhaltspunkt zu finden, die Fronten waren in der Stadt wohl zu verhärtet. Auch wenn die Sozialdemokraten im neuen Stadtparlament in der Minderheit waren, versuchten sie, besonders auch die Arbeiterratsmitglieder in ihren Rei-

181 SPD-Ortsvereinsprotokoll vom 18.3.1919.
182 Kollegienprotokoll vom 17.3.1919, SAP Nr. 241.
183 Vgl. Protokoll Stadtverordnetenversammlung vom 23.4.1919, SAP Nr. 234.
184 Vgl. Wahlergebnis in: PIZ vom 5.5.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 155

hen, ihr Programm umzusetzen und dabei die Interessen ihrer Wähler wahrzunehmen.

Das Ende des Arbeiterrates. Ab Mitte März verlieren sich die Spuren des Preetzer Arbeiterrates. Das letzte uns überlieferte Protokoll datiert vom 11. März 1919 und beschäftigt sich nur noch mit den Neuwahlen für den Arbeiterrat, die auf den 14. März festgesetzt waren. Über diese Sitzung gibt uns auch die Preetzer Zeitung Auskunft, so dass wir das undatierte Protokoll gut einordnen können.[185] Diese Wahlen dienten der Vorbereitung des 2. Rätekongresses, der vom Zentralrat in Berlin zunächst für den 26. März 1919 vorgesehen war. In einer Bekanntmachung, die von den Beigeordneten bei der Regierung in Schleswig veröffentlicht gemacht wurde, hieß es zum Zweck der Wahlen: „Damit auf diesem Kongress die wahre Stimmung des arbeitenden Volkes zum Ausdruck kommt, sind Neuwahlen für die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte absolut erforderlich.“ Er sollte eine „Zusammenfassung der Anschauungen der deutschen Arbeiter, Soldaten u. Bauern ermöglichen.[186] Auch der Preetzer Arbeiterrat war ja nur auf einer Bürgerversammlung gewählt worden, wie er sich ursprünglich am 6./7. November gebildet hatte, lag ganz im Dunkeln. „Wahlberechtigt und wählbar sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die gegen Lohn und Gehalt beschäftigt sind, doch dieses darf 10 000 Mark nicht übersteigen. Die Wahl ist direkt und geheim. Der Wahlvorschlag soll in der Preetzer Zeitung bekannt gemacht werden“[187], lautete die letzte Eintragung im Arbeiterratsprotokoll. Auf dieser Arbeiterratssitzung war die SPD auch offiziell als Partei vertreten und Joseph Tischbein wurde (für zwei Tage) zum Wahlvorsteher bestimmt. Am nächsten Tag führte er die in der Preetzer Zeitung veröffentlichte Liste des „Sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftskartells“ von zehn Kandidaten an. Neben den bekannten Namen wie Tischbein, Steen, Kiene, Danielsen, Steffens und Brodthagen erschienen neue Kandidaten wie der Schlachter Günzel, der Buchdrucker Hartz, der Briefträger Pfeiffer und der Zimmerer Meyer. Die anderen Organisationen schafften es gerade noch, zwei eigene Listen aufzustellen: die inzwischen gegründete Ortsgruppe der USPD und der Beamtenverein zusammen mit dem Kaufmännischen Verein von 1858. Welche Aufgaben der Beamtenverein dem Arbeiterrat nur noch zubilligen wollte, wird an seinem Aufruf zur Wahl am Wahltag deutlich: „Zweck des Arbeiterrats ist Regelung wirtschaftlicher Fragen (i.O.h.), wie Lohnfragen, Arbeitsverhältnisse, Arbeitszeit und dergleichen.“[188] Damit lag der Beamtenverein ganz im Trend der Entmachtung des Arbeiterrates und der Beigeordneten als Kontrollorgane der Verwaltung und der Reduzierung seiner Tätigkeit auf wirtschaftliche Aufgaben. Diese Einschränkung seiner Wirkungsmöglichkeiten hatte ja schon mit den Wahlen zur Nationalversammlung begonnen und setzte sich nach den Kommunalwahlen, auch innerhalb der Sozialdemokratie, immer weiter durch. Von den am Abend des 14. März abgegebenen 673 Stimmen entfielen erwartungsgemäß 435 auf die SPD-Liste, die

185 Vgl. PZ vom 12.3.1919.
186 Amtsblatt der Regierung zu Schleswig, Stück 19, 15.3.1919, Nr. 214, S. 93.
187 Protokoll AR Preetz undatiert (vom 11.3.1919, ergibt sich aus dem Bericht in der PZ vom 12.3.1919).
188 PZ vom 14.3.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 156

USPD kam lediglich auf 45 Stimmen, der Beamtenverein eroberte 3 von 10 Sitzen und hatte endlich das erreicht, was er mit seinem Schreiben vom Dezember erreichen wollte,[189] nur dass inzwischen die Macht der Räte durch die Etablierung durch allgemeine Wahlen legitimierter Parlamente entscheidend reduziert war und sie zum Teil. zu Hilfsorganen der Verwaltung degradiert waren. Ob der Arbeiterrat überhaupt noch einmal zu einer Sitzung nach dem 11. März zusammengetreten ist, wissen wir nicht. Hier endet das uns zur Verfügung stehende überlieferte Protokollbuch. Seine Weiterexistenz, in welcher Form auch immer, lässt sich nur noch an Nachrichtensplittern aus der Preetzer Zeitung oder aus den Magistratsprotokollen erschließen; die Erwähnung dort ist aber kein Beweis dafür, dass er als Organisation noch weiter existierte. Sicher ist nur, dass Joseph Tischbein formal noch bis zum Oktober 1919 als Beigeordneter im Amt war. Auch die Reduzierung der Aufgaben der Sicherheitswache ging weiter. In der Preetzer Kirchenchronik lesen wir dazu: „In der 'Kriegsküche' […] wohnten bis in den April hinein noch Marinesoldaten (meist recht junge Leute) als 'Soldatenrat'. Im April wurden sie weggenommen und ältere gediente Leute kamen noch eine Zeitlang als Sicherheitsdienst für die in der Nähe des Bahnhofs lagernden großen Kartoffelvorräte der Marine resp. der Stadt Kiel hinein."[190] Laut Preetzer Zeitung handelte es sich um Kartoffelvorräte der Marine-Intendantur aus Kiel. Warum diese allerdings in Preetz lagerten, bleibt unklar. „Diese neue Wache hat nach ihren eigenen Angaben weiter keine Befugnisse, als die Bewachung der Kartoffelmieten […] auszuführen." Wieder drohte die Wache mit Schusswaffengebrauch. Es werde „jede sich in verdächtiger Weise den Kartoffelmieten nähernde Person angeschossen werden", teilte sie der Polizei und der Öffentlichkeit über die Preetzer Zeitung mit.[191] Auch am feierlich begangenen 1. Mai trat der Arbeiterrat selbständig nicht in Erscheinung. Von der SPD und der USPD in Preetz wurden getrennte Feste organisiert. Die Arbeit ruhte und „um 14.00 Uhr begann ein großer Demonstrationsumzug durch die Stadt, woran sich ein gemütliches Beisammensein in der 'Tonhalle' und im 'Elysium' anschloss."[192] Ein eher nebensächliches, aber vielleicht für seine Tätigkeit auch typisches Lebenszeichen vom Arbeiterrat tauchte Anfang Mai in der Preetzer Zeitung auf: „Auf Ersuchen des Arbeiterrates hat sich das Kloster Preetz bereit erklärt, einen Teil der auf der Möweninsel gesammelten Eier an die Konsum- und Spargenossenschaft zum Preise von 20 Pfennig das Stück abzugeben, zwecks Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung." Drei Tage später erhielt der Arbeiterrat eine Antwort: „Wie Graf Bülow, Kühren, in einem Schreiben an den hiesigen Arbeiterrat mitteilt, haben die Möwen auf einer Teichinsel ihren Hauptlegeplatz plötzlich verlassen. […] Die Gutsverwaltung Kühren ist daher nicht in der Lage, Möweneier nach Preetz zu liefern."[193] Wenngleich es nicht sicher ist, ob der Arbeiterrat noch als Organisation existierte oder lediglich eine Postadresse unterhielt, die etwa von Joseph Tischbein genutzt wurde, begegnen uns auch im Mai 1919 einzelne Mitglieder des Rates auf der Liste

189 Vgl. PZ vom 15.3.1919.
190 Kirchenchronik, S. 188.
191 PZ vom 8.4.1919.
192 PZ vom 2.5.1919.
193 PZ vom 6.5. und vom 9.5.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 157

der Versicherten zur Wahl des Ausschusses der Ortskrankenkasse, unter ihnen wieder Tischbein, Brodthagen, Steen, Danielsen, Claußen und auch Nothdurft. Ob sie anschließend auch im Vorstand der Krankenkasse vertreten waren, lässt sich leider nicht feststellen.[194]

Nur Joseph Tischbein scheint sein Amt als Beigeordneter weiterhin wahrgenommen zu haben, obwohl seine Anwesenheit bei den Magistratssitzungen ab dem 19. Mai 1919 nicht mehr dokumentiert wurde.[195] Wichtiger ist der Eintrag aus einer der folgenden Sitzungen: „Magistrat nahm zustimmend (zur) Kenntnis, dass der Bürgermeister sein Amtszimmer künftig ohne Beigeordneten benutzt und wünscht, seine künftigen Sitzungen gemäß dem Beschluss des Ministers des Innern vom 15. Mai 1919 ohne Anwesenheit des Beigeordneten abzuhalten.“[196] Ein formaler Beschluss des Magistrats wurde nicht herbeigeführt und die Stadtverordnetenversammlung wurde nicht informiert, geschweige denn, wie nach der Städteordnung eigentlich erforderlich, zur Bestätigung dieses Beschlusses aufgefordert.[197] Dieser „Rauswurf“ war also zunächst nur den Stadträten Donath, Meckelnburg und Ramm bekannt. Wir wissen nicht, wann und wie Joseph Tischbein über seinen „Rauswurf“ informiert wurde, aber vermutlich hat er Einspruch gegen diesen, aus seiner Sicht, Willkürakt, erhoben, denn am 20.6. bekräftigte der Magistrat das Vorgehen vom 11. Juni 1919: „Magistrat bleibt bei seinem Beschlusse (!) vom 11. Juni 1919, seine Sitzungen ohne Beigeordneten abzuhalten.”[198] Zu diesem Zeitpunkt war J. Tischbein nicht in Preetz, denn er vertrat die Preetzer SPD auf dem Parteitag in Weimar. Seine Absetzung als Beigeordneter ist allerdings auch kein Thema auf der folgenden Ortsvereinssitzung am 24. Juni, auf der er vom Parteitag berichtete.[199] Vielleicht ist es kein Zufall, dass er auf der gleichen Sitzung des Ortsvereins seine Genossen dazu aufforderte, „sich als Zuhörer zu den Stadtverordnetenversammlungen einzufinden.“[200]

Ein Zufallsfund zeigt uns, dass Bürgermeister Krug sich bei seinem Vorgehen abgesichert und die Beseitigung des lästigen Beobachters aus seinem Amtszimmer sorgfältig vorbereitet hatte. Am 14. Juni wurde in der „Rundschau für Gemeindebeamte“ eine Antwort des sozialdemokratischen preußischen Innenministers Heine auf eine Anfrage des Reichsstädtebundes vom 17. April 1919 abgedruckt: „Der Auffassung des Beigeordneten beim Regierungspräsidenten in Schleswig in seinem abschriftlich überreichten Schreiben an den Bürgermeister in Preetz vom 4. April d. J. kann nicht beigetreten werden.

Wie den Arbeiterräten als Ganzes, so steht auch den von ihnen abgeordneten Kontrollpersonen (Beigeordneten) nicht das Recht zu, an den Sitzungen des Magistrats teilzunehmen. Lässt ein Magistrat ihre Anwesenheit bei seinen Sitzungen zu, so wird dagegen nichts einzuwenden sein, doch darf eine Teilnahme des Betreffenden an Aussprache und Abstimmung oder ein Eingreifen in die Verhandlung nicht stattfinden. Unterschrift.“[201] Jeder Magistrat konnte also

194 Vgl. PZ vom 17.5.1919.
195 Vgl. Kopf des Magistratsprotokolls vom 19.5.1919, SAP Nr. 231.
196 Magistratsprotokoll vom 11.6.1919, SAP Nr. 231.
197 Vgl. Kollegiensitzung vom 25.6.1919, SAP Nr. 241 u. PZ vom 26.6.1919.
198 Magistratsprotokoll vom 20.6.1919.
199 Vgl. Ortsvereinsprotokoll vom 24.6.1919.
200 Ebenda.
201 Rundschau für Gemeindebeamte, 25. Jg., Nr. 24 vom 14.6.1919, S. 354; leider ließ sich weder für die Korrespondenz zwischen der Stadt Preetz und den Beigeordneten noch der zwischen Preetz und dem Städtetag bisher im Stadtarchiv Preetz bzw. im Landesarchiv Schleswig eine Bestätigung finden.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 158

die Anwesenheit des Beigeordneten aus eigener Machtvollkommenheit per Beschluss beenden.

Tischbein brachte seine Absetzung auf der Provinzkonferenz der Arbeiterräte, die eigens zu den Themen „Das Fortbestehen der Arbeiterräte“ und „Die Sicherstellung der Mittel für die Räte“ einberufen worden war, zur Sprache: „Tischbein-Preetz verliest zunächst ein Schreiben des Ministeriums (gemeint war das Schreiben vom 15.5. vom Innenministerium, auf das sich Bürgermeister Krug stützte, der Verf.) an den Magistrat Preetz, das dem Magistrat die Handhabe bietet, die Arbeiterräte abzulehnen: Greift dann den Minister Heine an […].“[202]

Das Eingangsreferat zum Thema hielt auf der Konferenz der Beigeordnete in Schleswig, Eduard Adler. Er betonte, dass die Räteorganisation in Schleswig-Holstein bis hinauf zum Volksrat vorbildlich sei für das ganze Deutsche Reich, strich heraus, die Arbeiterräte seien auch wirtschaftliche Körperschaften und folgte auch der preußischen Regierung insofern, als durch die Kommunalwahlen eine demokratische Kontrolle der Verwaltung gewährleistet sei, fuhr dann aber fort: „Dem könnte man insofern beistimmen, wenn die gesamte (i.O.h.) Gemeindevertretung demokratisch gewählt wäre. Die Magistrate sind aber nach dem alten Wahlrecht gewählt und infolgedessen kann die Kontrolle hier nicht aufgegeben werden. Bei den Landkreisen kommt Letzteres noch viel mehr zum Ausdruck, da die Kreistage nicht den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringen. […] Die Geheimräte machen was sie wollen. Das glänzendste Beispiel hierfür bieten die Vorgänge bei der Finanzierung der Räte. […] Wir müssen daher dahin kommen, Berufsräte zu bilden, die ganz bestimmte Funktionen haben und nicht umgangen werden können, selbst neben dem Parlament müssen wir ein Räteparlament haben. […] Die Beigeordneten müssten bei den Kommunen beibehalten werden, bis der ganze Magistrat neu gewählt sei, denn dort walte die Macht der besoldeten Magistratsmitglieder, der ausschlaggebend für die Politik sei […].“ Zusammenfassend kommt der Redner zu dem Schluss: „Das Möglichste muss geschehen, um die Macht der kommunalen Arbeiterräte aufrecht zu erhalten.“[203]

Was sollte der Arbeiterrat in Preetz davon halten? Einerseits hatte der konservative Bürgermeister von Preetz für sein Vorgehen vom sozialdemokratischen Innenminister Heine grünes Licht gegen den Arbeiterrat erhalten, andererseits wollte der sozialdemokratische Beigeordnete aus Schleswig die Arbeiterräte zu Wirtschaftsräten degradieren, gab ihnen aber gleichzeitig noch eine Gnadenfrist bis zur nächsten Magistratswahl. Das Ende der Arbeiterräte war abzusehen. In der Schlussresolution der Konferenz von Ende Juni wurden die Arbeiterräte Schleswig-Holsteins noch einmal aufgefordert, „trotz aller Schwierigkeiten ihre segensreiche Tätigkeit fortzusetzen und allen Abbaubestrebungen Widerstand zu leisten.“[204] Angesichts der Tatsache aber, dass den Arbeiterräten zu diesem Zeitpunkt schon oft die Finanzierung für ihre Arbeit entzogen wurde und ihnen von den Landräten und Bürgermeistern erhebliche Schwierigkeiten gemacht

202 Der Volksrat Nr. 6 vom 3.7.1919, S. 2.
203 Ebenda.
204 Ebenda.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 159

wurden,[205] musste dieser Appell weitgehend ungehört verhallen. Ob Joseph Tischbein als Beigeordneter und der Arbeiterrat ihre Arbeit fortgesetzt haben, ist nur schwer zu rekonstruieren. Am 25. Juni kam in der Kollegiensitzung der Schwarzhandel in Preetz zur Sprache: „Ein Teil der Kollegien ist der Meinung, dass die Schleichhändler hier in Preetz nicht scharf genug verfolgt würden", hieß es im Protokoll.[206] Der Bürgermeister sagte eine „strenge Untersuchung" zu und in der folgenden Magistratssitzung wurde überaschenderweise ein diesbezüglicher Antrag vom Arbeiterrat eingebracht. Es heißt dort im Protokoll: „Der Antrag des Arbeiterrats Preetz, zur Bekämpfung des Schleichhandels den Polizeibeamten als Hilfskräfte noch andere Hilfskräfte (einzufügen etwa: an die Seite zu stellen, der Verf.) wird zustimmend den Kollegien vorgelegt mit der Bedingung, dass die Hilfskräfte zu gleichen Teilen aus der Bürgerschaft wie der Arbeiterschaft zu entnehmen sind."[207] Der Arbeiterrat bekam dann von den Kollegien, den Auftrag „zwecks Bestellung von Hilfsorganen der Polizeiverwaltung zur Bekämpfung des Schleichhandels […] 6 geeignete Personen in Vorschlag zu bringen."[208] Am 30. Juli stellte der Magistrat dann aber fest, dass der Arbeiterrat „entgegen der Bestimmung der Kollegien 6 Angehörige der Arbeiterschaft und kein(en) Vertreter der Bürgerschaft vorgeschlagen" habe.[209] So sollten die Ausgabe von entsprechenden Ausweisen und auch die Bezahlung noch einmal in der nächsten Kollegiensitzung erörtert werden, zumal Bürgermeister Krug nicht zugegen war.[210] Nachdem die Stadt sich dann aber doch zur Übernahme der Bezahlung der Hilfspolizisten bereit erklärt hatte, wurden Christian Danielsen, der Schlachter Richard Günzel und der Maurer Ferdinand Timm, alle drei Vertreter der Arbeiterschaft, und im Falle Danielsens ein Arbeiterratsmitglied, zu Hilfspolizisten ernannt.[211]

Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt kam in Preetz die Diskussion über die Einrichtung einer Einwohnerwehr, wie sie ja in anderen Städten bestand, wieder auf. Ein entsprechender Vorstoß des Bürgervereins war schon im April 1919 erfolglos gewesen, man hatte lediglich die vom Volksrat herausgegebenen Richtlinien im Magistrat zur Kenntnis genommen und die Sache dann wieder ruhen lassen. Auch jetzt lehnten die Kollegien die Einrichtung einer Einwohnerwehr einstimmig ab[212]; sie scheinen nach Einrichtung der Hilfspolizei erst recht keinen Bedarf dafür gesehen zu haben. Noch einmal wurden Joseph Tischbein im Oktober für 14 Tage Beigeordnetentätigkeit 180 Reichsmark als Entschädigung von Magistrat und Kollegien bewilligt.[213]

Dasselbe Magistratsprotokoll enthält die letzte Erwähnung des Arbeiterrates: „Von dem Schreiben des Arbeiterrates wegen Zurückziehung des Beigeordneten vom Tage der Einführung der neuen Stadträte ab wird Kenntnis genommen."[214] Die demokratische Kontrolle des Magistrats schien dem Arbeiterrat, wenn er wirklich noch existierte und nicht Joseph Tischbein der eigentliche Absender des Schreibens war, also jetzt gewährleistet. Die Vorbedingung für den Rückzug des Beigeordneten, die Eduard Adler auf der Konferenz im

205 Vgl. u. a. den Fall des Arbeiterrats von Wesselburen, dem seit April 1919 die Arbeitsmöglichkeiten entzogen wurden, LAS 301, Nr. 216.
206 Kollegiensitzung vom 26.6.1919.
207 Magistratsprotokoll vom 4.7.1919.
208 Kollegiensitzung vom 9.7.1919, SAP Nr. 241.
209 Magistratsprotokoll vom 30.7.1919.
210 Ebenda.
211 Vgl. Magistratsprotokoll vom 8.9.1919, SAP Nr. 231.
212 Vgl. Kollegiensitzung vom 8.10.1919.
213 Vgl. Magistratsprotokoll vom 27.10.1919, SAP Nr. 231, s.a. die Kollegiensitzung vom 4.11.1919, Nr. 241.
214 Magistratsprotokoll vom 27.10.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 160

Juni angegeben hatte und an die sich der Preetzer Arbeiterrat gehalten hatte, schien für den Rat wohl jetzt erfüllt. Die Erklärung dafür ist einfach: Am 19. Oktober hatte in Preetz die insgesamt vierte Wahl des Jahres 1919, die Magistratswahl, stattgefunden. Dazu waren einige Neuerungen im Wahlrecht eingetreten: Die Präsentation durch eine gemischte Kommission aus Magistrat und Stadtverordnetenversammlung war abgeschafft worden, jetzt konnte die Stadtverordnetenversammlung eigene Kandidaten vorschlagen und das Wahlrecht ging auf die Bürgerschaft über. In Preetz war es diesmal zu einer Einigung auf eine gemeinsame Liste mit Kandidaten für alle vier zu besetzenden nicht besoldeten Stadträteposten gekommen. Mit überwältigender Mehrheit wurden die sozialdemokratischen Kandidaten August Nothdurft und Heinrich Peters als beigeordneter Stadtrat beziehungsweise als Stadtrat gewählt, zusammen mit den beiden bürgerlichen Kandidaten für die Stadtratsposten, dem Fabrikanten Donath und dem Schlachtermeister Oldenburg. Der erste sozialdemokratische Stadtverordnete Nothdurft wurde also auch das erste sozialdemokratische Magistratsmitglied in Preetz. Jetzt erschien vielleicht auch Joseph Tischbein die Kontrolle des Magistrats ausreichend gewährleistet; auch wenn er sein Büro hatte räumen müssen, war er damit sicher einer der Beigeordneten, die im Lande am längsten amtiert hatten.

Wenn man sich einen Überblick verschafft über das weitere politische und soziale Engagement der Arbeiterratsmitglieder und der sozialdemokratischen Fraktion, so kann man wichtige Initiativen und eine ausgedehnte Mitarbeit in zahlreichen Gremien der Stadt und ihrer Betriebe feststellen. Insbesondere nach der Kommunalwahl waren Sozialdemokraten in fast alle Ausschüsse des Stadtparlaments eingerückt, einige wie Tischbein, Brodthagen und Nothdurft gleich mehrfach[215], aber auch die einzige Sozialdemokratin im Stadtparlament, Henriette Dohse, wurde Mitglied im Armenausschuss oder in der Verwaltung von Kinderheim und Warteschule. Andere Aktivisten der ersten Stunde wie der Maurer Christian Steen arbeiteten als Beisitzer im sogenannten Mieteinigungsamt, das mit dazu beitragen sollte, die Wohnungsnot in Preetz zu lindern.[216] Besondere Anstöße gingen aber immer wieder von Joseph Tischbein aus. Zunächst kümmerte er sich innerhalb der SPD um Bildungsfragen, nahm an Fortbildungen teil und sorgte dafür, dass der SPD-Ortsverein dem „Verein für freies Bildungswesen“ beitrat. Schon in seiner ersten Stadtparlamentssitzung vom Januar 1919 hatte er beantragt, die Schulstunden der Fortbildungsschule, einer Vorläuferin der Berufsschule, vom Abend auf die Nachmittagsstunden zu verlegen, „da nach seiner Ansicht die Jugend nach der Arbeitszeit nicht mehr in die Schule gehöre.“[217]

Wichtig war auch Initiative der SPD zur Steuersenkung für die unteren Einkommensklassen. Diese wurde im Juni auf der Mitgliederversammlung diskutiert, besonders die Steuerprivilegien der Beamten waren dabei der SPD ein Dorn im Auge. Entscheidend war aber die Umsetzung in den städtischen Gremien. „Stadtverordneter

215 Vgl. Aufstellung der Ausschussbesetzungen in SAP Nr. 234.
216 Vgl. Magistratsprotokoll vom 18.8.1919, SAP Nr. 231.
217 PZ vom 9.1.1919.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 161

Tischbein beantragt die nach dem Gesetz v. 4.6.1919 für dieses Jahr zulässige Steuererleichterung für die Einkommenssteuerstufen bis 3900 M“, lesen wir im Magistratsprotokoll vom 24. Juli 1919 und die Stadtverordneten gehen darauf ein: „Den Kollegien soll dieser Antrag zum Beschluss vorgelegt werden nach vorangegangener Kämmereikommissionsberatung.“[218] Nicht die Stadtverwaltung oder der Bürgermeister setzten das sicher auch ihnen bekannte Gesetz um, sondern Joseph Tischbein, der sich zu diesem Zeitpunkt ja immer noch als Beigeordneter des Bürgermeisters und des Magistrats betrachtete, brachte den entsprechenden Antrag ein. Die Jahreseinkommen bis 1500 Reichsmark wurden ganz steuerfrei gestellt, die Steuern auf Einkommen zwischen 2100 und 2400 Reichsmark wurden um 25 Prozent, die auf Einkommen zwischen 3600 und 3900 Reichsmark noch um 5 Prozent gesenkt, dafür wurden die höheren Einkommensklassen stärker belastet.[219] Die neuen Einkommenssteuersätze wurden mit allen 24 Stimmen der Stadtverordneten beschlossen.[220]

Die Rekonstruktion des weiteren politischen Weges der meisten Arbeiterratsmitglieder ist schwierig, nur einzelne hinterlassen Spuren in der späteren Preetzer Geschichte.[221] August Nothdurft kandidierte 1924 nicht mehr als beigeordneter Stadtrat und starb schon mit 52 Jahren im Dezember 1926. Bis zum Schluss war er Geschäftsführer des Konsumvereins. Die Preetzer Zeitung sprach von einer „imposanten Trauerfeier“ und von einer Trauergemeinde, die sich aus „Familienangehörigen […], Freunden und Parteiangehörigen, den Gewerkschaften, den städtischen Kollegien, der Administration der Preetzer Spar-und Leihkasse und vielen Bürgern der Stadt zusammensetzte, wodurch sich die Beliebtheit, welcher sich der Verstorbene in allen Bevölkerungskreisen erfreute, sichtbar dokumentierte.“[222]

Joseph Tischbein und Karl Brodthagen sind weiter politisch aktiv geblieben. Sie weisen einige Gemeinsamkeiten auf. Beide waren aus Mecklenburg nach Preetz zugezogen, der eine war in Paris geboren, hatte dann in Stettin gelebt und dort eine Familie gegründet. Der andere, geboren in Güstrow, war wie Joseph Tischbein Schlosser von Beruf und hatte mit 20 Jahren begonnen, bei den Howaldtswerken in Kiel zu arbeiten.

Ob auch J. Tischbein in Kiel auf einer Werft gearbeitet hat, ist nicht bekannt; Mitte der 20er Jahre ist er als sogenannter Feilenhauer mit einer Werkstatt in der Kirchenstraße selbständig. 1919 war er aber zunächst führendes Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, er wird deshalb auch in der Lokalpresse und in den städtischen Quellen immer wieder als „Gewerkschaftsführer“ tituliert.[223] Unter dem Briefkopf eines Vertrauensmannes des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes wendet er sich im März 1920 an den Oberpräsidenten, um die juristische Verfolgung des Kopfes der Kapp-Putschisten in Preetz, Sanitätsrat Jaspersen, zu ermöglichen.[224] Er wird sich im Reichsbanner und in der Eisernen Front im Kampf gegen den aufkommenden Nationalsozialisten engagieren

218 Magistratsprotokoll vom 24.7.1919, SAP Nr. 231.
219 Vgl. Kollegiensitzung vom 6.8.1919, SAP Nr. 241.
220 Vgl. PZ vom 8.8.1919.
221 Dazu wäre u. a. die Auswertung des Ortsvereins-Protokollbuchs der SPD über einen längeren Zeitraum erforderlich, was den Rahmen des Beitrags gesprengt hätte.
222 PZ vom 17.12.1926, vgl. auch PZ vom 14.12.1926.
223 Als solcher beruft er Gewerkschaftsversammlungen ein, vgl. PZ vom 5.2.1919.
224 Vgl. Schreiben vom 25.3.1920, LAS 301, Nr. 4458.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 162

und wird für diese einer der bestgehassten Männer der Linken.[225] Beide werden von der NSPAP in Preetz bedroht und verfolgt. Karl Brodthagen wird, nachdem er am 12. März 1933 noch einmal in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden ist, zusammen mit seiner Fraktion zur Niederlegung des Mandats gezwungen. Anfang April 1933 wird die Ortskrankenkasse Preetz, deren Geschäftsführer Karl Brodthagen mittlerweile ist, von der SA besetzt.[226] Er soll danach in demütigender Weise symbolisch aus der Stadt hinausbegleitet worden sein.[227] Auch Joseph Tischbein wurde von den Nationalsozialisten drangsaliert. Kurz bevor sie in Preetz die Macht übernahmen, wurde er von ihnen in seinem Haus zusammengeschlagen[228]. Zusammen mit einem SPD-Genossen wird er im April 1933 für kurze Zeit in Haft genommen.[229] Seine Enkelin Gisela Thomschke, geb. Tischbein, weiß davon zu berichten, dass man ihn in den Wald geführt hat, um ihn dort an einem Baum aufzuhängen. Nur durch das beherzte Dazwischentreten eines neutralen Preetzer Bürgers sei es nicht zur Ausführung dieser Tat gekommen.[230] Bisher wissen wir nicht, wie er die Jahre zwischen 1933 und 1945 überstanden hat. Im September 1946, mit 63 Jahren, wird er noch einmal in die Stadtvertretung gewählt, sitzt im Beirat der Stadtwerke und kandidiert im gleichen Jahr auf der Liste der SPD für den Kreistag.[231] 1964 stirbt er mit fast 81 Jahren in Preetz.

Schluss. Wenn man die aus den Quellen bisher zutage geförderten Informationen über den Arbeiterrat und die Ereignisse in Preetz 1918/19 betrachtet, trifft auch auf den Preetzer Rat zu, was Eberhard Kolb in seinem grundlegenden Werk über die Arbeiterräte schon 1962 festgestellt hat: „Die Mitglieder der Arbeiterräte waren nicht geschulte Politiker mit reicher Erfahrung, großem Überblick und intimer Sachkenntnis, die in der Lage gewesen wären, die Staatsgeschäfte oder auch nur die Verwaltungsexekutive selbst zu übernehmen. Aber sie maßten sich derartige Kompetenzen auch gar nicht an, denn sie waren sich sehr genau der Tatsache bewusst, dass ihre Fähigkeiten nicht ausreichten, selbst zu regieren. Sie ergingen sich daher nicht in unfruchtbaren Diskussionen über Grundsatzfragen der Außen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik, sondern sie beschränkten sich aus eigenem Entschluss von vornherein auf den für sie überschaubaren Bereich und auf jene Aufgaben, zu deren Bewältigung ihr Wissen und ihre Sachkenntnis ausreichten: Sie konzentrierten sich auf die Lösung sozialer und sozialpolitischer Probleme, Sicherstellung der Lebensmittelversorgung, Bekämpfung des Schleichhandels, Behebung der Wohnungsnot, Beschaffung von Arbeitsplätzen usw. […] Für diese Arbeit besaßen sie die notwendige Sachkenntnis, sie brachten zu dieser Betätigung in den allermeisten Fällen Gerechtigkeitsempfinden und gesunden Menschenverstand, Einsatzfreude und Verantwortungsbewusstsein mit.“[232]

Einzelne Arbeiterratsmitglieder wie Joseph Tischbein und Karl Brodthagen oder auch August Nothdurft als erster beigeordneter Stadtrat hatten sich zwar durch sozialdemokratische Partei- und Bil-

225 Vgl. Pauselius, Hakenkreuz, S. 40, 68 u. Anm. 574, S. 95.
226 Vgl. ebenda S. 144, auch PIZ vom 6.4.1933.
227 Dies wird bis heute in der Familie weitererzählt, Interview mit dem Enkel Helge Brodthagen vom 23.7.2017.
228 Vgl. Pauselius, Hakenkreuz, Anm. 784 (S. 127).
229 SAP Nr. 485
230 Aussage von Gisela Thomschke, Interview vom 9.11.2017.
231 Vgl. Peter Pauselius, „Trotz der Schwere der Zeit“. Das Leben in der Stadt Preetz, Neumünster 2009, S. 949, S. 1071 u. 1072.
232 Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik, Düsseldorf 1962, S. 401/02.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 163

dungsarbeit oder führende Posten in der Preetzer Konsumgenossenschaft von 1901 wirtschaftliche Kenntnisse und organisatorische Fähigkeiten angeeignet. Durch die Mitgliedschaft in zahlreichen Ausschüssen und Kommissionen des Arbeiterrates und später des Stadtparlaments sind Informationsstand und Wissen über die Verhältnisse in der Stadt Preetz sicher noch stark erweitert worden. Die Preetzer Arbeiterschaft hat so, entscheidend begünstigt durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, die Chance der Mitgestaltung des beginnenden Demokratisierungsprozesses genutzt, wie an einigen politischen Initiativen, die entweder aus dem Arbeiterrat oder aus der Sozialdemokratie heraus erfolgten, gezeigt werden konnte. Auffällig ist allerdings, dass sowohl Arbeiterrat als auch die Preetzer SPD die Chance, die das neue aktive und passive Wahlrecht für Frauen bot, kaum wahrnahmen. Für die Wahl zum Arbeiterrat wurde überhaupt keine Frau als Kandidatin aufgestellt, zur Kommunalwahl nur eine. Nur einmal nahm sich der Arbeiterrat einer Angelegenheit der Frauen besonders an, als er für die Abschaffung des Eintrittsgelds für Frauen bei Tanzveranstaltungen und des sogenannten Tanzgeldes für Frauen eintrat.[233]

Eine besondere Rolle in diesen „revolutionären“ Zeiten spielte sicher der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Joseph Tischbein, der einerseits die verschiedenen Ebenen der politischen Betätigung von der lokalen Kontrolltätigkeit bis zur Vertretung des Preetzer Arbeiterrates auf Kreis- und Provinzebene sowie der Preetzer SPD auf Parteitagen bewältigte, andererseits in seinen Referaten auf SPD-Mitgliederversammlungen und politischen Veranstaltungen grundsätzliche Themen der politischen und sozialen Umgestaltung behandelte. Inwieweit dieser Blick über den Tellerrand der Tagesaufgaben des Rates bei seinen Parteigenossen und auch in politischen Diskussionen auf fruchtbaren Boden gefallen ist, lässt sich schwer sagen. Oft wurden seine Berichte mit großer Zustimmung entgegengenommen und nur kurz diskutiert; die Preetzer Zeitung konstatierte ein ums andere Mal lange Ausführungen von ihm, die das Publikum nur teilweise erreicht hätten.

Alle Beteiligung an den Selbstverwaltungsgremien von Vertretern der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie hat aber auch in Preetz nicht verhindern können, dass die personelle Zusammensetzung der Verwaltung, einschließlich Bürgermeister Krug an der Spitze, sich 1918/19 kaum verändert hat. Dazu trug auch die Wahlniederlage der SPD in der Kommunalwahl vom März 1919 bei. Den Zusammenschluss der bürgerlichen Kräfte unter Führung des Bürgervereins beziehungsweise des Bürgermeisters als mächtiger Gegenpart in der Kommunalpolitik konnte die SPD trotz einiger Bemühungen zum Beispiel um die unteren Kommunalbeamten nicht verhindern. Für das vorzeitige Ende des Arbeiterrates und der Kontrolltätigkeit durch den Beigeordneten war aber entscheidend, dass ihnen der rechtliche und finanzielle Boden durch die Verordnungen des sozialdemokratischen preußischen Innenministers Heine, teilweise auch über die Auffassung der Beigeordneten bei der Regie-

233 Vgl. Protokoll AR Preetz vom 9.12.1918.

02 Gehrke 31.01.2018 12:04 Uhr Seite 164

rung in Schleswig hinweg, ganz direkt durch entsprechende Auskünfte und folgende Erlasse, entzogen wurde. Deshalb ist es schon erstaunlich, wie lange Joseph Tischbein das Amt des Beigeordneten formal noch ausgeübt hat.

Ich bin nicht sicher, ob die Einschätzung der Arbeiterräte zutrifft, mit der sich der „Volksrat" im Dezember 1919 in seiner letzten Ausgabe von seinen Lesern verabschiedete. Zumindest zeugt sie von gewissem Selbstbewusstsein und Stolz: „Sollte das Ende aber doch herbeikommen, so können sich die Arbeiterräte sagen, dass sie im Interesse der Allgemeinheit getan haben, was sie zu tun vermochten, und dass sie nicht nur eine ‚Episode' der Revolution zu betrachten sind, sondern als eine zwingende Notwendigkeit, deren sich das darbende Volk noch gerne erinnern wird."[234] Letzteres trifft auf den Preetzer Arbeiterrat leider nicht zu. Die Erinnerung an ihn ist vollkommen verblasst, nichts in der Öffentlichkeit erinnert an ihn, obwohl die Quellenlage vor Ort eigentlich recht gut ist, wie ich zu zeigen versucht habe. Ihn verschämt als einen Vorboten der „Bolschewisierung" oder gar der „Diktatur des Proletariats" zu betrachten, gehört jedenfalls in den Bereich der politischen und historiografischen Fabeln. Auch der Arbeiterrat von Preetz stellte, wie viele andere auch, eher eine Ergänzung denn ein Gegenmodell zum sich entwickelnden kommunalen Parlamentarismus dar, der zur Integration des bis dahin politisch weitgehend sprachlos gebliebenen Teils der Stadtbevölkerung in den Demokratisierungsprozess der beginnenden Weimarer Republik beigetragen hat; mit allen Unwägbarkeiten, die dann angesichts neuer Herausforderungen wie der beginnenden Arbeitslosigkeit, der Inflation und der Wirtschaftskrise, noch folgen sollten. Die Zerstörung der ersten deutschen Republik und die Niederlage der sozialistischen und demokratischen Kräfte 1933 kann eine solche lokale Betrachtung aus der Anfangszeit dieser Republik nicht wirklich erklären, zumal Preetz als Kleinstadt vor den Toren Kiels einige wirtschaftliche und soziale Besonderheiten aufweist, die man nicht außer Acht lassen darf. Aber vielleicht haben die relativ lebendige politische Debatte und die hohen Wahlbeteiligungen, die für die nachrevolutionäre Zeit in Preetz kennzeichnend waren und an denen die sozialdemokratischen Arbeiterratsmitglieder maßgeblich Anteil hatten, dazu beigetragen, dass die Feinde der Republik es hier besonders schwer hatten. Bei den Kommunalwahlen am 12. März 1933 schickten über 1500 SPD-Stammwähler noch einmal, wenn auch nur für wenige Wochen, fünf Vertreter in das jetzt nur noch zwölfkköpfige Stadtparlament.[235] Der Solidarität unter den Preetzer Genossen ist es letztlich auch zu verdanken, dass es ihnen gelungen ist, das Arbeiterratsprotokoll, das Ortsvereinsprotokollbuch und Teile der Traditionsfahne über die Zeit zu retten.

234 Der Volksrat, Nr. 25, 23.11.1919, S. 4.

235 PZ vom 13.3.1933.